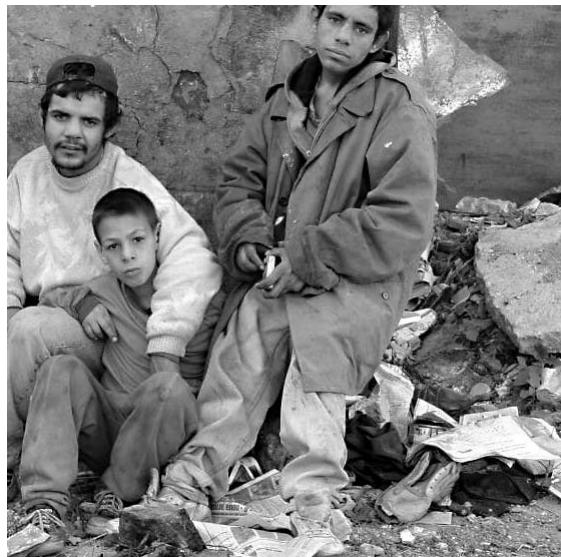


Politische Berichte

► Ablösung der
Potsdamer Nach-
kriegsordnung
durch die
EU-Ordnung 3



► Nato-Gipfel
stellt Weichen 8



► Erfolg gehabt,
Anstrengungen
stehen bevor:
PDS und Wahlen
am 13. Juni in
Stuttgart 12

► Am Ende eines
Aktionstages:
Die Reaktion
des Kapitals setzt
sich durch 15

► Die Fraktion der
Europäischen Linken
konstituiert sich 19



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.net.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN-Verlag, Stubauer Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Harry Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubauer Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB
o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

PFLEGEVERSICHERUNG:

Paritätischer Wohlfahrtsverband für radikalen Systemwechsel in der Pflege. Der Paritätische Wohlfahrtsverband schlägt vor, die Pflegeversicherung durch ein steuerfinanziertes Bundespflegeleistungsgesetz zu ersetzen. Dadurch könnte auch das Problem der Benachteiligung von Beitragsszahlern mit Kindern endgültig gelöst werden. Trotz der enormen Defizite der Pflegeversicherung seien deren Leistungen ungenügend. Notwendige Pflegeleistungen würden vielfach nur unzureichend finanziert, die Bedürfnisse alter Menschen mit Demenzerkrankungen nur mangelhaft berücksichtigt. „Innerhalb des bestehenden Systems können all diese Defizite nicht gelöst werden. Wir kommen um einen radikalen Systemwechsel nicht herum“, sagte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer der Paritätischen Wohlfahrtsverbände. Die Pflegeversicherung müsse von einer Teilkaskoversicherung zu einem steuerfinanzierten Bundesleistungsgesetz umgestaltet werden. Dem Konzept des Paritätischen Wohlfahrtsverbands zufolge soll die Pflege künftig überwiegend aus Steuermitteln finanziert werden. Die Lohnnebenkosten könnten so deutlich gesenkt und die Kommunen entlastet werden. Die administrative Umsetzung soll bei den Städten und Gemeinden liegen. Eine generationengerechte Finanzierung eines Bundespflegeleistungsgesetzes könnte nach Auffassung des Paritätischen Wohlfahrtsverbands durch die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Neuregelung der Erbschaftssteuer gewährleistet werden. „Die Kehrseite des demographischen Problems der Sozialversicherungen ist, dass immer größere und zahlreichere Erbschaften auf immer weniger Nachkommen entfallen. Eine modernisierte Erbschaftssteuer wäre deshalb als Gegenfinanzierung eines Bundesleistungsgesetzes hervorragend geeignet“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands.

SELEKTION AN SCHULEN:

Kinder ausländischer Herkunft werden vom deutschen Schulsystem massiv benachteiligt. Anstatt gegen die schlechten Deutschkenntnisse der Schülerinnen und Schüler anzugehen und sich auf ihre Bedürfnisse einzustellen, würden Ausländerkinder systematisch auf Schulen für Lernbehinderte abgeschoben, kritisierte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Das Abschieben in die Sonderschulen sei der erste Schritt, ausländischen Kindern einen erfolgreichen Bildungsweg und damit Berufs- und Lebenschancen zu verbauen, sagte die GEW-Vorsitzende Eva-Maria Stange. Die GEW fordert als Gegenmaßnahme, in einem ersten Schritt die Zahl ausländischer Kinder an Sonderschulen für Lernbehinderte bis 2010 zu halbieren. Weitergehend seien diese Schulen vollständig abzuschaffen. Langfristig will die GEW

das gegliederte Schulsystem mit Gymnasium, Real- und Hauptschule ganz abschaffen und auf eine Einheitsschule für alle umstellen. Die am 25. Juni in Stuttgart vorgelegten Daten zeigten, dass „ausländische Schüler systematisch benachteiligt werden“. „Das Risiko ausländischer Kinder und Jugendlicher, in eine Sonderschule für Lernbehinderte abgeschoben zu werden, ist doppelt so hoch wie bei deutschen Mädchen und Jungen. Baden-Württemberg ist Spitzenreiter dieser unrühmlichen Rangliste“, sagte die GEW-Vorsitzende Stange. Im Südwesten sei die Gefahr für ausländische Kinder, „aussortiert zu werden“, dreieinhalb Mal höher als für deutsche Schülerinnen und Schüler. 2,3 Prozent aller deutschen Kinder und Jugendlichen besuchten 2002 eine Sonderschule für Lernbehinderte. Bei den ausländischen Schülern liege dieser Anteil bei 4,7 Prozent. 44.700 ausländische Kinder und Jugendliche seien zur Zeit an Schulen für Lernbehinderte „abgeschoben“ worden. Realschulen und Gymnasien blieben diesen Schülerinnen und Schülern dagegen meist verschlossen. Im Vergleich zu deutschen Mädchen und Jungen besuchten sie diese Schulformen nur halb so häufig. „Ausländische Kinder müssen schon früh mit integrativen Maßnahmen individuell gefördert werden“, verlangte Stange. Dazu gehöre auch das Erlernen der eigenen Muttersprache. Die „Lernprobleme“ ausländischer Kinder würden oft durch nicht ausreichende Deutschkenntnisse verursacht. „Diese Defizite müssen früh behoben werden. Sie haben jedoch überhaupt nichts mit einer echten Lernbehinderung zu tun“, betonte die GEW-Chefin. Die Überweisungsquote ausländischer Schüler an Sonderschulen für Lernbehinderte sei in den vergangenen Jahren leicht gestiegen. Die größten Steigerungsraten gebe es im Saarland, in Niedersachsen und Hessen. Diese Daten, so Stange, bestätigten die PISA-Ergebnisse. Das deutsche Schulsystem sei nicht in der Lage, soziale Benachteiligungen auszugleichen, im Gegenteil würden diese verstärkt. „Im Interesse aller Kinder müssen wir endlich weg von unserem gegliederten Schulsystem und uns in Richtung einer Schule für alle aufmachen“, unterstrich Stange.

KOPFTUCH-VERBOT: Die EU-Kommission hat eine Prüfung eingeleitet, ob das im baden-württembergischen Schulgesetz enthaltene Verbot des Kopftuchs mit dem EU-Diskriminierungs-Verbot unvereinbar sei, bestätigte das Kultusministerium in Stuttgart. Mit dem neuen Landesgesetz wird Lehrerinnen das Tragen eines Kopftuches an staatlichen Schulen verboten. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte am 24. Juni die Klage einer Muslimin abgewiesen und die Rechtmäßigkeit des Gesetzes bestätigt. Auch in Niedersachsen dürfen Kopftücher im Unterricht nicht getragen werden.

Zusammenstellung: alk

Ablösung der Potsdamer Nachkriegsordnung durch die EU-Ordnung

In ihrer Konferenz am 17./18.06. in Brüssel haben sich die Delegationen der Mitgliedsländer auf einen endgültigen Text der EU-Verfassung geeinigt. Zu den Punkten der abschließenden Verständigung zählten v.a. die Frage des Gottesbezugs in der Präambel (hier scheiterte erneut der Versuch der ausdrücklichen Bezugnahme auf das Christentum), die Zusammensetzung der Kommission, die Frage des Abstimmungsmodus und die Frage des Zusammenhangs zwischen EU-Budget und den mitgliedstaatlichen Haushalten (Stabilitäts- und Wachstums- pakt). Aus den entsprechenden Dokumenten wie auch aus den nachfolgenden Stellungnahmen und Berichterstattungen wird vor allem deutlich, dass sich der seit langem andauernde Widerstand der mittleren und kleineren Mitgliedstaaten gegen jedwede einseitige Vorteilsnahme der größeren Mitgliedstaaten erneut erfolgreich formiert hat. Der nachfolgende Beitrag geht davon aus, dass hier ganz bestimmte Gründe eine wesentliche Rolle spielen. Diese Gründen sollen im Folgenden näher betrachtet werden.

Zur Erinnerung: Die ostwärts gerichtete ökonomische Expansion des Unionsverbands der westeuropäischen Staaten hatte die bereits innerhalb dieses Verbands bestehenden Ungleichgewichte weiter ausgeformt: Die Assozierung der betreffenden ehemaligen COMECON-Mitgliedstaaten erfolgte auf der Basis von (Rahmen-)Bedingungen, die diese Staaten noch schlechter stellte als die (zum ehemaligen westeuropäischen Kolonialbesitz gehörenden) Mitgliedstaaten des Lomé-Abkommens. Die mit der o.a. Expansion einhergehende zusätzliche Abstufung hatte faktisch beigetragen zur Etablierung eines hierarchischen Systems von Staaten zweiter und dritter Ordnung – das alles unter dem Firmenschild „EU“. Die öffentliche Debatte (v.a. in Osteuropa) zu dieser Entwicklung hat deswegen sehr frühzeitig insbesondere den Anschluss der DDR an die BRD als diesbezüglichen Mustervorgang begriffen. Insofern erwartete die Mehrheit der dortigen Bevölkerungen spätestens zum EU-Beitritt von ihren jeweiligen Regierungen einen entschiedenen Kurs der po-

litischen Korrektur dieser ökonomischen Abstufung.

Wie ebenfalls erinnerlich, wurde dem diesbezüglichen Interesse dieser Bevölkerungen und dem entsprechenden Handeln ihrer Regierungen aus westeuropäischen Kreisen sofort eine mediengestützte Polemik entgegengesetzt, die dieses Interesse und dieses Handeln als Ausfluss von „nationalistischem Egoismus“ – mithin als „anti-europäisch“... – zu denunzieren versuchte. Diese Polemik hatte zwar auch ihren Stammpunkt in den entsprechenden Erörterungen zur Arbeit des verfassungsgebenden EU-Konvents. Aber mit zunehmender Konturierung dessen, was die Vertreter aus 25 europäischen Staaten als konstitutionelle Grundlage ihres Unionsverbunds begriffen wissen wollen, entzog die verfassungsmäßige Verankerung jenes ‚nationalistischen Egoismus‘ – als legitimer Anspruch gegenüber der Union! – dieser Polemik faktisch die öffentliche Wirk samkeit. Hier ist also ein spezifisches ökonomisches Element des westeuropäischen Unionierungsvorgangs, wie er zu

Dokumentation

TEIL 1 – Aus dem amtlichen EU-Konferenzbericht:

[...] Tagung der Staats- und Regierungschefs am 17./18. Juni 2004 in Brüssel

Die Staats- und Regierungschefs haben auf ihrer Tagung vom 18. Juni 2004 den in Dokument CIG 81/04 enthaltenen Texten in der durch die Texte in den Anlagen zum vorliegenden Dokument geänderten und ergänzten Fassung zugestimmt. Diese Dokumente enthalten Änderungen des Textes der Verfassung, wie er in Dokument CIG 50/03 sowie den zugehörigen Addenda und Korrigenda enthalten ist. Sie bilden das Ergebnis der Regierungskonferenz.

TEIL I ORGANE

ANLAGE 1 DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION

Artikel I-25: Die Europäische Kommission [...].

(4) Die Mitglieder der Kommission werden aufgrund ihrer allgemeinen Befähigung und ihres Engagements für Europa ausgewählt und müssen volle Gewähr für ihre Unabhängigkeit bieten.

(5) Die erste Kommission, die nach den

Bestimmungen der Verfassung ernannt wird, einschließlich ihres Präsidenten und des Außenministers der Union, der einer der Vizepräsidenten der Kommission sein wird, besteht aus einem Staatsangehörigen jedes Mitgliedstaats.

(6) Ab dem Ende der Amtszeit der Kommission nach Absatz 5 entspricht die Zahl der Mitglieder der Kommission, einschließlich ihres Präsidenten und des Außenministers der Union, zwei Dritteln der Anzahl der Mitgliedstaaten, sofern der Europäische Rat nicht einstimmig eine Änderung dieser Zahl beschließt.

Sie werden unter den Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten nach einem System der gleichberechtigten Rotation zwischen den Mitgliedstaaten ausgewählt. Dieses System wird durch einen vom Europäischen Rat einstimmig erlassenen Europäischen Beschluss geschaffen, der auf folgenden Grundsätzen beruht:

a) Die Mitgliedstaaten werden bei der Festlegung der Reihenfolge und der Dauer der Amtszeiten ihrer Staatsangehörigen in der Kommission vollkommen gleich behandelt; demzufolge kann die Gesamtzahl der Mandate, welche Staatsangehörige zweier beliebiger Mitgliedstaaten innehaben, niemals um mehr als eines voneinander abweichen.

b) Vorbehaltlich des Buchstabens a ist jede der aufeinander folgenden Kommissionen so zusammengesetzt, dass das demografische und geografische Spektrum

der Gesamtheit der Mitgliedstaaten der Union auf zufriedenstellende Weise zum Ausdruck kommt.

(7) Die Kommission übt ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit aus. Die Mitglieder der Kommission dürfen unbeschadet des Artikels I-27 Absatz 2 Weisungen von einer Regierung, einem Organ, einer Einrichtung oder einer sonstigen Stelle weder anfordern noch entgegennehmen. Sie enthalten sich jeder Handlung, die mit ihrem Amt oder der Erfüllung ihrer Aufgaben unvereinbar ist.

(8) Die Kommission ist als Kollegium dem Europäischen Parlament verantwortlich. Das Europäische Parlament kann gemäß Artikel III-243 über einen Misstrauensantrag gegen die Kommission abstimmen. Wird ein solcher Misstrauensantrag angenommen, so legen die Mitglieder der Kommission geschlossen ihr Amt nieder, und der Außenminister der Union legt sein im Rahmen der Kommission ausgeübtes Amt nieder.

[...].

Der Schlussakte beizufügende Erklärung zu Artikel I-25

Die Konferenz ist der Auffassung, dass die Kommission, wenn ihr nicht mehr Staatsangehörige aller Mitgliedstaaten angehören, besonders beachten sollte, dass in den Beziehungen zu allen Mitgliedstaaten vollständige Transparenz

Beginn der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts in Gang gekommen ist, verstkt worden – ein Element, das quasi-genossenschaftlichen Charakter hat: Man trat bzw. tritt bei, weil man sich ein Plus an wirtschaftlichen Möglichkeiten und Effekten (aus dem Zusammenwirken vieler) gegenüber dem vorherigen Einzelzustand errechnet hat bzw. errechnet.

Zähmung der Mitte des Kontinents und Gegentendenzen

Wenn man den Beginn dieses Unionierungsvorgangs sowie dieses o.a. spezifische Element noch einmal von der politischen Seite her aufgreift, dann sttzt man auf ein weiteres Element – das sich ebenfalls in der Verfassung der EU wider-spiegelt: Vermeidung des Umschlags der ökonomischen Konkurrenz in politische Rivalität sowie deren militärischer Aus-trag. Erstens zwecks Vermeidung der Aufspaltung gegenüber jedweder neuerlichen Aggression vonseiten des (zum er-neuteten Male!) niedergeworfenen Deut-schen Reichs. Zweitens zwecks Vermei-dung des weiteren Verlusts der weltpoli-tisch dominierenden Stellung (v.a. im Ge-folge der antikolonialen Befreiungskrie-ge bzw. Befreiungsbewegungen) – schon damals v.a. gegenüber den USA. Die Ge-winnung eines kontinentalen Expan-sionsraums für alle beteiligten Seiten – frei von Krieg, wie sie in der Vergemein-schaftlichung der westeuropäischen Volkswirtschaften (EWG/EFTA) zum

Ausdruck kam – wird insofern außerhalb Deutschlands auch als gelungene Zähmung der Mitte des Kontinents durch die übrigen Teile begriffen.

Das hing hier vor allem mit dem politi-schen System der Vermeidung des Aus-trags der ökonomischen Konkurrenz zu-sammen: Die EG verstand sich als Union gleichberechtigter Staaten, in der über lange Zeit der diesbezügliche – aus der Antihitlerkoalition tradierte! – Modus der Einstimmigkeit bzw. des dazugehorigen Veto-Rechts deswegen vorwaltete, weil er zur Findung eines für alle Seiten akzeptablen Kompromisses zwang. Hier wurde eine Kultur (des Umgangs der Staaten miteinander, d.h. des zwischen-staatlichen Egalitarismus) auferlegt, die sich mittlerweile tief eingewurzelt hat im öffentlichen Bewusstsein des bisherigen Unionsverbunds. Dieser Gesichtspunkt ist wichtig für eine (erste) Bewertung der jetzt stattfindenden Ablösung der Pots-damer Nachkriegsordnung durch die sich neu etablierende EU-Ordnung.

Denn wer vor diesem Hintergrund die Rückgewinnung einer dominierenden Stellung Deutschlands anstreben will, kann dies heutzutage nur noch über jene Einfallschneise versuchen, die – wie oben angedeutet – von Anbeginn gegeben war: Das betraf bzw. betrifft den Anspruch auf eine weltpolitisch (mit-)dominierende Stellung – wie er aus dem fruhmittelal-terlichen bzw. neuzeitlichen europäischen Kolonialismus heraus entstanden

ist und wie er sich fortbewahren konnte im zeitgenössischen europäischen Neo-Kolonialismus aller Spielarten. Ein wichtiger Bestandteil dieses europäischen Kolonialismus war der spezifische, vom Reichsgedanken der Hohenzollern bzw. Habsburger bestimmte, deutsch-sprachige (innerkontinentale) Kolonia-lismus mit seinem – in konzentrischen Ringen ausgreifenden – Expansionsra-diuss vom Baltikum im Nordosten bis zum Balkan im Sudosten. Wenngleich un-übersehbar ist, dass sich die deutsche Seite in den vergangenen 10 Jahren ver-stkt hat einbringen können in jenen Anspruch auf eine weltpolitisch mit-domi-nierende Stellung – kann doch das breite Spektrum der dagegen aufgerich-teten Hemmnisse schwerlich übersehen werden. Diese – bewusst recht zuver-sichtliche – Sicht auf das Problem einer möglichen Erneuerung des grodeut-schen (vom Reichsgedanken geprägten) Expansionismus soll im Folgenden näher untermauert werden.

Angleichung und Fortentwicklung der Lebensumstände versus Intervention und Expansion

In dieser Zeitschrift wurde verschiedent-lich der sich abzeichnende spezifische Charakter der EU-Verfassung, wie er be-reits in den letzten Entwürfen des Kon-vents deutlich zutage trat, behandelt. Hierbei wurde aufgezeigt, dass die Ver-fassung Anknüpfungspunkte bietet für

gewährleistet sein muss.

Dementsprechend sollte die Kommissi-on enge Verbindungen zu allen Mit-gliedstaaten unterhalten, ungeachtet der Frage, ob einer ihrer Staatsangehorigen Mitglied der Kommission ist, und in die-sem Zusammenhang besonders beach-ten, dass Informationen mit allen Mit-gliedstaaten geteilt und alle Mitglied-staaten konsultiert werden müssen.

Die Konferenz ist ferner der Auffas-sung, dass die Kommission alle notwen-digen Maßnahmen ergreifen sollte, um si-cherzustellen, dass die politischen, sozi-alen und wirtschaftlichen Gegebenhei-ten in allen Mitgliedstaaten, auch in Mit-gliedstaaten, die kein Kommissionsmit-glied stellen, in vollem Umfang berücksichtigt werden. Mit diesen Maßnahmen sollte auch gewährleistet werden, dass der Lage dieser Mitgliedstaaten durch geeignete organisatorische Vorkehrun-gen Rechnung getragen wird.

[...].

TEIL II **NICHT-INSTITUTIONELLE FRAGEN**

ANLAGE 7 **ERKLÄRUNG ZUM STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT**

Der Schlussakte beizufügende Erklärung zu Artikel III-76

In Bezug auf Artikel III-76 bekräftigt die Konferenz, dass die Wirtschafts- und Fi-

nanzpolitik der Union und der Mitglied-staaten auf die beiden fundamentalen Ziele ausgerichtet ist, das Wachstumspoten-zial zu steigern und eine solide Haushaltslage zu gewährleisten. Der Stabi-litts- und Wachstumspakt ist ein wichti-tes Instrument für die Verwirklichung dieser Ziele. Die Konferenz bekennt sich erneut zu den Bestimmungen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Rah-men für die Koordinierung der Haushaltspolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Die Konferenz bekräftigt, dass sich mit einem auf Regeln basierenden Sys-tem am besten gewährleisten lässt, dass die Verpflichtungen tatsächlich eingehal-ten und alle Mitgliedstaaten gleich be-handelt werden.

In diesem Zusammenhang erneuert die Konferenz ferner ihr Bekenntnis zu den Zielen der Lissabonner Strategie: Schaffung von Arbeitsplätzen, Struktur-reformen und sozialer Zusammenhalt.

Die Union strebt ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum und Preisstabili-tt an. Deshalb muss die Wirtschafts- und Haushaltspolitik in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums die richtigen Prioritäten in Bezug auf Wirtschaftsre-formen, Innovation, Wettbewerbsfähig-keit und Steigerung der privaten Investi-tionen und des privaten Verbrauchs set-zen. Dies sollte in der Ausrichtung der Haushaltsbeschlüsse auf Ebene der Mit-

gliedstaaten und der EU zum Ausdruck kommen, insbesondere dadurch, dass die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben umgeschichtet werden, wobei die Haushaltsdisziplin gemäss der Verfassung und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt zu wahren ist.

In Anbetracht der haushalts- und wirtschaftspolitischen Herausforderun-gen, vor denen die Mitgliedstaaten ste-hen, muss wärend des gesamten Kon-junkturzyklus eine solide Haushaltspoli-tik betrieben werden.

Die Konferenz kommt überein, dass die Mitgliedstaaten Phasen der wirt-schaftlichen Erholung aktiv nutzen soll-ten, um die öffentlichen Finanzen zu kon-solidieren und ihre Haushaltsslage zu ver-bessern. Das Ziel ist dabei, in guten Zei-ten schrittweise einen Haushaltsüberschuss zu erreichen, um in Zeiten des Wirtschaftsabschwungs über den nti-gen Spielraum zu verfügen und so zur langfristigen Tragfähigkeit der ffent-lichen Finanzen beizutragen.

Die Mitgliedstaaten sehen etwaigen Vorschlagen der Kommission und weite-ren Beiträgen der Mitgliedstaaten zu der Frage, wie die Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts verstkt und klarer gestaltet werden kann, mit Interesse entgegen. Die Mitgliedstaaten werden die notwendigen Maßnahmen zur Steigerung des Wachstumspotenzials ihrer Wirt-schaft treffen. Hierzu könnte auch eine

einander entgegengesetzte Interessen: Das betraf zum einen das Interesse am (territorialen) Bestandsschutz der souveränen Mitgliedsstaaten bzw. am Egalitarismus zwischen den Staaten sowie das damit einhergehende Interesse an einem ausschließlich koordinierenden Charakter der Unionsebene, die vor allem Synergien freisetzen bzw. organisieren soll für den Zweck der schrittweisen Angleichung der Lebensumstände innerhalb des gesamten EU-Verbunds. Und zum andern betraf das jenes Interesse an einem dominierenden Charakter der Unionsebene, deren Inbesitznahme durch einige wenige Staaten dann nicht nur die Unterordnung der übrigen Mitgliedsstaaten sowie die Einverleibung ihrer Ressourcen für die Zwecke jener wenigen



Vor allem die BRD und Frankreich betreiben die EU-Militarisierung

Staaten ermöglicht. Sondern die dann auch genutzt werden könnte für territoriale Bestandsveränderungen innerhalb der Union.

Dieses Interesse an der Aufrichtung einer dominierenden Unionsebene und deren Usurpation für die o.a. Zwecke stieß im Verlaufe der Tätigkeit der verfassungsgebenden Versammlung (Konvent) auf einen breiten – alle politischen Strömungen übergreifenden – Widerstand. In Reaktion darauf bildete sich eine Vorgehensweise heraus, die auf einem ganz spezifischen Feld die exklusive Inbesitznahme des Projekts ‚Europäische Union‘ anstrebt – und zwar durch Verankerung diesbezüglicher Anknüpfungspunkte bzw. Handlungsspielräume innerhalb des Verfassungswerks. Das betrifft das Feld der ‚Sicherheitspolitik‘, das die schrittweise Ingangsetzung eines Mechanismus der ‚Macht des Faktischen‘ ermöglichen sollte bzw. ermöglichen soll. In der Rückschau muss diejenige Interessenskoalition, die sehr früh Bedacht nahm auf den (territorialen) Bestandsschutz der Mitgliedstaaten sowie auf den lediglich koordinierenden Charakter der Unionsebene – in Schutz genommen werden vor dem allzu einseitigen Vorwurf der Blauäugigkeit gegenüber denjenen entgegengesetzten Bestrebungen:

Denn diese Strömung hat erkennbar zum einen Kurs genommen auf die Verankerung von (zur Not einklagbaren) Ansprüchen gegenüber der Unionsebene –

bessere Abstimmung der Wirtschaftspolitik beitragen. Diese Erklärung greift künftigen Beratungen über den Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht vor.

[...].

ANLAGE 9 DER MEHRJÄHRIGE FINANZRAHMEN

Artikel I-54

(1) Mit dem mehrjährigen Finanzrahmen soll sichergestellt werden, dass die Ausgaben der Union innerhalb der Grenzen ihrer Eigenmittel eine geordnete Entwicklung nehmen. Im mehrjährigen Finanzrahmen werden die jährlichen Obergrenzen für die Mittel für Verpflichtungen je Ausgabenkategorie gemäß Artikel III-308 festgesetzt.

(2) Der mehrjährige Finanzrahmen wird in einem Europäischen Gesetz des Rates festgelegt. Dieser beschließt einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, die mit der Mehrheit seiner Mitglieder erteilt wird.

(3) Bei der Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans der Union ist der mehrjährige Finanzrahmen einzuhalten.

(4) Der Europäische Rat kann einstimmig einen Europäischen Beschluss erlassen, wonach der Rat mit qualifizierter Mehrheit beschließen kann, wenn er das in Absatz 2 genannte Europäische Gesetz des Rates erlässt.

[...].

ANLAGE 13 (überarbeitete Anlage 55 des Dokuments CIG 81/04)

VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Artikel III-324 Absatz 1

(1) [...].

Die Kommission und die an einer verstärkten Zusammenarbeit teilnehmenden Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die Teilnahme möglichst vieler Mitgliedstaaten gefördert wird.

Artikel III-325 Absatz 2

(2) Der Antrag der Mitgliedstaaten, die untereinander im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eine verstärkte Zusammenarbeit begründen möchten, wird an den Rat gerichtet. Der Antrag wird dem Außenminister der Union, der zur Kohärenz der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union Stellung nimmt, sowie der Kommission übermittelt, die insbesondere zur Kohärenz der beabsichtigten verstärkten Zusammenarbeit mit der Politik der Union in anderen Bereichen Stellung nimmt. Der Antrag wird ferner informationshalber dem Europäischen Parlament übermittelt.

Die Ermächtigung zur Einleitung einer verstärkten Zusammenarbeit wird mit einem Europäischen Beschluss des Rates erteilt, der einstimmig beschließt.

[...].

ANLAGE 14

(überarbeitete Anlage 36 des Dokuments CIG 81/04)

WIRTSCHAFTLICHER, SOZIALER UND TERRITORIALER ZUSAMMENHALT

Artikel III-116

Die Union entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern.

Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungszustand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.

Unter den betroffenen Gebieten wird den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie den nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie den Insel-, Grenz- und Bergregionen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

[...].

ANLAGE 17

(überarbeitete Anlage 52 des Dokuments CIG 81/04)

VERBINDLICHE FASSUNGEN UND ÜBERSETZUNGEN

Artikel IV-10 neu Absatz 2

und sie hat zum andern (soweit irgend möglich) Bedacht genommen auf ausreichende Handhaben zwecks Abwehr von Zumutungen.

Die übergreifende Sichtweise derjenigen Kräfte, die diesen Kurs verfolgt haben bzw. weiterverfolgen, ist die Innenschau, d.h. die Sicht auf die Beziehungen innerhalb der Union sowie auf die Verhältnisse innerhalb der Union. Diese Kräfte definieren das Projekt „Europäische Union“ insoweit vor allem von dieser inneren Seite her und erst in zweiter Linie von der Außenschau – nach dem Motto: Dort soll mitmachen, wer meint, dass er keine „anderen“ Sorgen hat ... Hier ist zwangsläufig eine gewisse Unterschätzung derjenigen Kräfte im Spiel, die über den Umweg „von außen“ das Projekt EU nicht nur umzudeuten versuchen – sondern die auch über die Setzung von Fakten die Aushebelung der konstitutionell verankerten Anspruchsrechte zu bewirken trachten. Was heißt nun in diesem Zusammenhang „Ingangsetzung eines Mechanismus der Macht



Armut in Osteuropa

des Faktischen“?

Die jüngere Vergangenheit ist gekennzeichnet durch ein spezifisches Zusammenspiel von Außen- und Verteidigungspolitik: Die deutsche Außenpolitik hat in diversen Schritten zunächst ein

Bedrohung der „Sicherheit Europas“ ausgemacht, die zugleich als eine Bedrohung der „Sicherheit Deutschlands“ aufbereitet wurde. Die Verteidigungspolitik, die ziemlich lange gezwungen war, jene Bedrohung in räumlicher Nähe zum ei-

(2) Dieser Vertrag kann in jede andere von den Mitgliedstaaten bestimmte Sprache übersetzt werden, sofern diese Sprache gemäß der Verfassungsordnung des jeweiligen Mitgliedstaats in dessen gesamtem Hoheitsgebiet oder in Teilen davon Amtssprache ist. Die betreffenden Mitgliedstaaten stellen eine beglaubigte Abschrift dieser Übersetzungen zur Verfügung, die in den Archiven des Rates hinterlegt wird.

Der Schlussakte beizufügende Erklärung zu Artikel IV-10 Absatz 2

Die Konferenz ist der Auffassung, dass die Möglichkeit der Erstellung amtlicher Übersetzungen des Vertrags in den in Artikel IV-10 Absatz 2 genannten Sprachen zur Verwirklichung des Ziels beiträgt, den Reichtum der kulturellen und sprachlichen Vielfalt der Union im Sinne von Artikel I-3 Absatz 3 des Vertrags zu wahren. Sie bekräftigt diesbezüglich, dass die Union großen Wert auf die kulturelle Vielfalt Europas legt und diesen und anderen Sprachen weiterhin besondere Bedeutung beimessen wird.

Die Konferenz empfiehlt, dass die Mitgliedstaaten, die von der in Artikel IV-10 Absatz 2 vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machen möchten, dem Rat innerhalb von 6 Monaten ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags die Sprache bzw. Sprachen mitteilen, in die der Vertrag übersetzt wird.

[...]

Quelle: KONFERENZ DER VERTRETER DER REGIERUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN – Brüssel, den 18. Juni 2004 – (OR. en) – CIG 85/04 – PRESID 27 – VERMERK des Vorsitzes vom 18. Juni 2004 für die Delegationen – Betr. RK 2003

TEIL 2 – Aus der Stellungnahme des Auswärtigen Amts:

Die Ergebnisse des Verfassungsprozesses und der Regierungskonferenz

Juni 2004

Die wesentlichen Resultate lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Institutionelles Gleichgewicht und Handlungsfähigkeit

Der entscheidende Durchbruch für die Handlungsfähigkeit der Union: Künftig (ab 2009) kommen Entscheidungen im Rat im Normalfall zustande, wenn 55% der Staaten, die gleichzeitig 65% der EU-Bevölkerung vertreten, zustimmen (sog. „doppelte Mehrheit“). Im Unterschied zum bisherigen komplizierten System der Stimmengewichtung von Nizza mit seinen hohen Entscheidungsschwellen erleichtert die Doppelte Mehrheit Gestaltungsmechanismen und erschwert Blockademinderheiten. Um eine Entscheidung zu verhindern, bedarf es mindestens vier Staaten. Eine qualifizierte Minderheit

kann verlangen, dass über ein Thema befristet weiterberaten wird. [...].

Die demokratische Legitimation des Kommissionspräsidenten wird durch seine Wahl durch das Europäische Parlament gestärkt. Um die Handlungsfähigkeit der Kommission in einer erweiterten Union zu erhalten, wird ab 2014 die Anzahl der Kommissare aber auf 2/3 der Zahl der Mitgliedstaaten reduziert, bei gleichberechtigter Rotation zwischen den Mitgliedstaaten. [...].

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

Kernstück der neuen außenpolitischen Handlungsfähigkeit der Union ist das neue Amt des Außenministers der Union, der gleichzeitig dem Rat Auswärtige Angelegenheiten vorsitzt und Vizepräsident der Kommission ist. Er ersetzt damit 3 Personen: den Hohen Vertreter für die GASP, den Außenkommissar und den Ratsvorsitzenden. Unterstützt wird er durch den Europäischen Auswärtigen Dienst, der aus Mitarbeitern der Kommission, des Ratssekretariats und der Mitgliedstaaten bestehen wird.

Allerdings wird die Beschlussfassung in der GASP leider auch weiterhin im wesentlichen einstimmig erfolgen, mit wenigen, eng begrenzten Ausnahmefällen. Hier hätten wir uns eine breitere Anwendung der Mehrheitsentscheidung gewünscht.

genen nationalstaatlichen Territorium zu definieren, folgte jenen Schritten der Außenpolitik (vom Balkan bis Zentralasien), die auf Störung des Kriteriums „räumliche Nähe“ abzielten. Es entstanden Felder militärischen Engagements – innerhalb und außerhalb Europas. Diese Engagements waren so angelegt bzw. sind so angelegt, dass sie sich in ihren Auswirkungen einen eigenen Legitimationszusammenhang schaffen. Hierüber ist eine Vervielfachung der Militärausgaben in Gang gekommen – d.h. eine gesteigerte Wegnahme von Finanzmitteln, die in Ansatz kommen könnten für die Realisierung von Ansprüchen (etwa der kommunalen und regionalen Ebene) gegenüber der Unionsebene. Wie innerlich, gehört – was Deutschland anbelangt – der bewusst hergestellte Zusammenhang zwischen dem auswärtigen (weltpolitisch begründeten) Engagement und der inneren Einsparungspolitik zu den zentralen Leitlinien der gegenwärtigen Bundesregierung. Dieser Zusammenhang lässt sich gleichermaßen feststellen bei den anderen größeren EU-Mitgliedstaaten.

Kampffeld Finanzmittel

Der Mechanismus, von dem oben die Rede ist, führt somit zwangsläufig hinein in eine Politik der sukzessiven Aushöhlung des verfassungsmäßig verankerten Systems der Ansprüche gegenüber der Unionsebene – d.h.: in eine Politik der ein-

seitigen Umdefinierung des Zwecks der Unionsebene. Aus diversen geschichtlichen Erfahrungen heraus könnte hier geschlussfolgert werden, dass diese Politik zwangsläufig – über die Herbeiführung eines Verfassungskonflikts – in eine Bürgerkriegssituation einmünden muss. Gewisse Elemente des aktuellen Zuschnitts der EU-Streitkräfte könnten in diesem Zusammenhang als zusätzliches Argument geltend gemacht werden. Aber hier wird die bereits vorhandene Kultur des Obersten Gerichtshofs, die sich weiter fortentwickeln wird, außer Betracht gelassen: Es ist richtig – zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt. Aber hier treibt alles auf eine Entscheidung durch die höchstgerichtliche Gewalt hin. Wer sich – erkennbar als Reaktion und in der Absicht der Überwölbung! – in einem solch detaillierten Umfang mit seinen Expansions- und Interventionsabsichten untergebracht hat in der Unionsverfassung – die mindestens ebenso detailliert den Anspruch auf Angleichung und Fortentwicklung der Lebensumstände (mindestens gleichgewichtig!) in sich birgt, der unterwirft sich bereits im vorhinein der Gewalt der Verfassungsauslegung. Hierbei ist von wesentlicher Bedeutung, das wird z.B. ersichtlich aus der aktuellen Stellungnahme des Auswärtigen Amts (siehe Dokumentation!), dass jene Einverleibung der Expansions- und Interventionsabsichten (Stichwort GASP) in die Verfassung mittlerweile selbst zur einseitigen Reklamation dieses Vertrags geführt haben...

Hier droht – was die Verfassungsauslegung anbelangt – stets die Gefahr einer Entscheidung, die auferlegt, dass jene Expansions- und Interventionsabsichten nur insofern und insoweit Mittel für sich beanspruchen dürfen – insofern und insoweit sie im Einklang stehen mit der Beachtung des Anspruchs auf Angleichung und Fortentwicklung der Lebensumstände innerhalb der Union! Das erzwingt die (öffentliche) Begründung des Zwecks und Umfangs der Mittelverwendung – und zwar auf beiden Seiten. Hierüber kommt unweigerlich eine öffentliche Güterabwägung in Gang bzw. eine spezifische öffentliche Budget-Sensibilität, die – das ist Grundüberzeugung dieses Beitrags – die o.a. Expansions- und Interventionsabsichten in die Schranken weisen wird. Dafür spricht mittlerweile vor allem die Kultur der situativen Koalierungen innerhalb der EU, wie sie sich herausgebildet hat im Verlaufe der Tätigkeit der verfassungsgebenden Versammlung (in 2002/2003). Diese Kultur des Staatenumgangs röhrt letztlich daher, dass die Europäische Union – ganz im Gegensatz zur Nordamerikanischen Union – sich zusammensetzt aus Nationalstaaten mit teilweise weit zurückreichenden Entwicklungsgeschichten, wo somit die öffentlichen Finanzen (der Staatshaushalt) und ihre Verwendung stets eine bedeutsame Rolle gespielt haben.

huh

Quelle: http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/eu_politik/aktuelles/zukunft/konvent/ergebn...

BdV gegen kritische Journalistin

Urteil gesprochen

Wir hatten berichtet, wie der Bund der Vertriebenen durch eine Klage versucht hatte, die Journalistin Gabriele Lesser von einer ihrer kritischen Berichterstattung über das geplante Zentrum für Vertriebung abzubringen (*Pol. Berichte* 5 und 6/2004). Jetzt hat das Landgericht Hamburg entschieden; der BdV erwägt laut Pressemitteilung eventuell eine Berufung beim Oberlandesgericht. Hier die Presseerklärung von Gabriele Lesser:

Ich bin mit dem Urteil der Hamburger Landgerichts zufrieden. Das Gericht hat mir im wichtigsten Punkt der Klage Recht gegeben. Ich darf weiterhin behaupten: „Als der Bundestag 1999 beschloss, in Berlin ein Mahnmal für die ermordeten Juden Europas zu errichten, forderte Erika Steinbach, dass auch die deutschen Vertriebenen ihr Mahnmal in Berlin bekommen müssten.“

Der BdV hatte bestritten, dass es diesen zeitlichen wie auch kausalen Zusammenhang gebe und mir falsche Berichterstattung unterstellt. Es war der wichtigste Klagepunkt in moralischer wie politischer Hinsicht. Ich freue mich sehr, dass das Gericht mir hier Recht gegeben und die Klage des BdV zurückgewiesen hat.

Das Gericht verbietet mir, in Zukunft einen Satz zu wiederholen, in dem ich eine Aussage Erika Steinbachs aus der „Süddeutschen Zeitung“ paraphrasierend wiedergegeben hatte. Das Originalzitat Steinbachs in der SZ lautete: „Es bedarf keiner Kampfflugzeuge. Ein schlichtes ‚Veto‘ zur Aufnahme uneinsichtiger Kandidaten ist ausreichend“ (SZ, 26.8.1999) Ich hatte statt „Kampfflugzeuge“ das Wort „Bomber“ benutzt und an die Stelle vor „Menschenrechten“ ein Wort aus dem vorhergehenden Satz zitiert – „westlichen Werte“, was möglicherweise von flüchtigen Lesern falsch verstanden werden konnte. Insofern bin ich mit dem Urteil einverstanden. In Zukunft werde ich nur noch das Originalzitat bringen.

Die Frage, ob die polnischen Bischöfe auf Ihre Versöhnungsbotschaft von 1965: „Wir vergeben und wir bitten um Vergebung“ eine Antwort des BdV bekommen haben, ist meiner Ansicht nach wie vor offen. Erika Steinbach und das Hamburger Landgericht meinen, dass eine kurze Äußerung Steinbachs auf dem Tag der Heimat 2003 die Antwort auf die Friedensbotschaft von 1965 gewesen sei. Erzbischof Jozef Zycinski vom polnischen Episkopat wiederum sagt, dass die polnischen Bischöfe nie eine Antwort des BdV erhalten hätten. Das werde ich in Zukunft so darstellen.

Mit dem Urteil des Hamburger Landgerichts ist die Angelegenheit für mich abgeschlossen. Ich bin froh, dass ich mich nun wieder spannenden journalistischen Themen zuwenden kann. *Gabriele Lesser*.

**Auf dem Weg in den
Mittleren Osten**

Nato-Gipfel stellt Weichen

Misst man den Nato-Gipfel in Istanbul an ursprünglichen Planungen und Erwartungen, scheinen seine Ergebnisse auf den ersten Blick dürfsig. Weder übernimmt die Nato, worauf die USA seit längerem gedrängt hatten, Befehlsgewalt über den „polnischen Sektor“ im Irak. Noch sind im Hinblick auf die von den USA und der EU gemeinsam, wenngleich mit unterschiedlichen Akzenten verfolgte neue Nahost-Strategie spektakuläre Beschlüsse gefasst worden. Aber der erste Blick täuscht. Der Gipfel traf weitestgehend einvernehmlich einige Entscheidungen von langfristiger Bedeutung: Die westliche Staatenwelt hat die Tür zur Unterwerfung und Beherrschung der islamischen Welt um einiges weiter geöffnet.

Afghanistan: Die Nato beschloss, bis zu den für September geplanten Wahlen die unter ihrem Kommando eingesetzten Isaf-Truppen von 6.500 auf 10.000 zu verstärken (die US-Truppen in Afghanistan sind dabei nicht mitgezählt, weil sie dem Nato-Kommando nicht unterstehen). Im Norden des Landes sollen vier neue so genannte „Regionale Aufbauteams“ (PRT) aufgestellt werden. Die Bundeswehr, die bisher ein PRT in Kundus stellt, übernimmt den Aufbau eines zweiten weiter östlich in Faisabad. Während der Wahlen, die bisher bereits einmal verschoben und deren Durchführung im September aufgrund der prekären Sicherheitslage ebenso als ungewiss galt, will die Nato

ihre Truppenpräsenz innerhalb Afghanistan und an seinen Grenzen verstärken. Womöglich bringt sie dabei erstmals ihre neue Schnelle Eingreiftruppe zum Einsatz. Afghanistan jedenfalls, das zeigt der Beschluss, soll befestigt und eine von der Nato abhängige Regierung auf lange Sicht implantiert werden. Damit setzt sich die Nato im Nordosten Irans – und zugleich im „weichen Unterleib“ Russlands – fest.

Irak: Die US-Regierung hatte die so genannte „Machtübergabe“ im Irak einige Tage vorgezogen, so dass die Versammlung der 26 Staats- und Regierungschefs der Nato formell einer irakischen Regierung Unterstützung bei der Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte zusagen konnte. Der harte Gehalt der Botschaft besteht jedoch darin, dass die Nato damit in die Verantwortung für die Existenz dieser Regierung eintritt, die alles andere als souverän und unabhängig ist. Weder haben die USA und ihre Verbündeten vor, sich aus dem Irak zurückzuziehen, noch könnte diese oder irgend eine andere von der westlichen Staatenwelt abhängige irakische Regierung sich ohne militärische Unterstützung halten, und zwar auf lange Sicht nicht.

Schon vor dem Gipfel hatten 16 von 26 Nato-Mitgliedern Truppen im Irak und leistete die Nato logistische Unterstützung. Mit dem Gipfelbeschluss hat sie einen noch nicht sehr großen, aber doch entscheidenden Schritt zu ihrem direkten Einsatz in Irak gemacht. Schon ist davon die Rede, dass die Ausbildungssicherheit im Irak oder in einem Nachbarland stattfinden solle – damit zögen Nato-Einrichtungen und -Soldaten dort ein – und dass man weitere „Vorschläge“ der neuen Regierung zu weiterer Unterstützung ihrer Sicherheitsbehörden selbstverständlich prüfen werde. Harald Kujat, Vorsitzender des Nato-Militärausschlusses, erklärte in einem

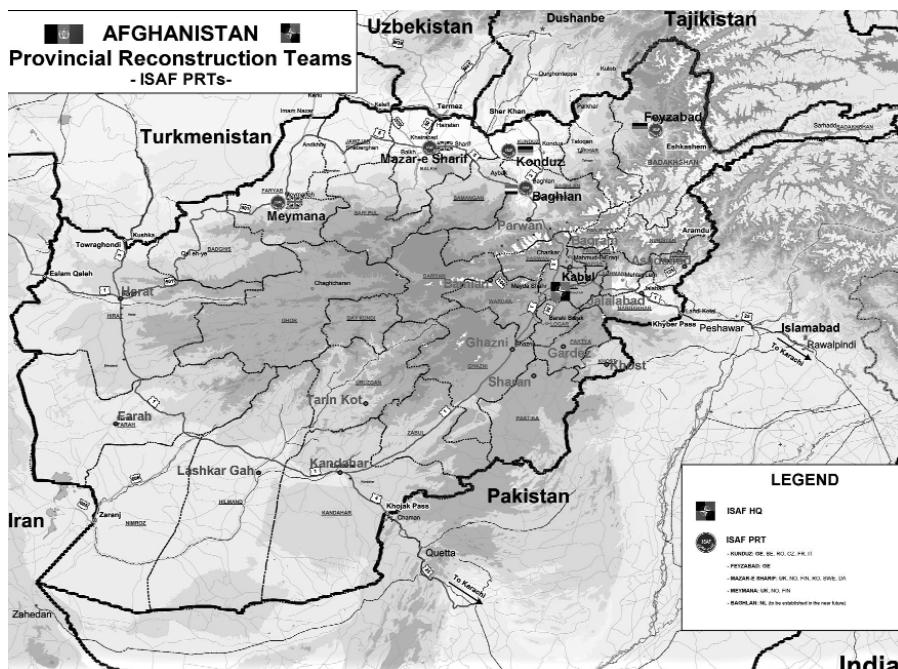
Interview mit dem DeutschlandRadio Berlin (29.6.), er halte den Einsatz von Nato-Truppen zwar bis zu den Wahlen 2005/2006 für „ausgeschlossen“, danach aber für denkbar. Auch wenn der Plan, von einem in ein Protektorat verwandelten Irak aus den Nahen und Mittleren Osten aufzurollen, in langsamem Schritten umgesetzt wird – aufgegeben ist er nicht. Die Herrschenden, das lässt sich hieraus lernen, denken und planen in langen Zeiträumen.

„Mittelmeerdialog“ und „Greater Middle East“: In wie langen Zeiträumen sie denken, zeigt der Nato-Mittelmeerdialog. Ins Leben gerufen hat ihn die Nato im Dezember 1994, und zwar mit der Begründung, dass vom nordafrikanisch-arabischen Krisenbogen mit dem islamistischen Fundamentalismus die nunmehr größte Bedrohung für die Nato ausgehe. Teilnehmer waren damals zunächst Ägypten, Israel, Mauretanien, Marokko und Tunesien, später kamen noch Jordanien (1995) und Algerien (2000) hinzu. Immerhin hatte dieser „Dialog“ zum Ergebnis, was kaum noch bewusst ist, dass ägyptische, jordanische und marokkanische Soldaten am Nato-Einsatz in Bosnien-Herzegowina teilnahmen. Jetzt soll der Mittelmeerdialog zur „Partnerschaft“ ausgebaut und in die Strategie des „Greater Middle East“ eingeordnet werden. Diese Festlegung ergänzte der Gipfel durch die „Istanbul-Kooperations-Initiative“, die sich ausdrücklich an die Staaten des Golf-Kooperationsrates (Kuwait, Bahrain, Saudi-Arabien, Katar, Vereinigte Arabische Emirate und Oman) richtet und sie zum Ausbau der Beziehungen „zur Stärkung der Sicherheit und Stabilität in der Region“ auffordert. Allerdings ist kein einziger Vertreter der betreffenden nordafrikanischen und arabischen Staaten auf der Teilnehmerliste des Gipfels zu finden. Dessen ungeachtet hat der Nato-Gipfel in Istanbul die in den 90er Jahren eingeleitete strategische Neuorientierung des westlichen Militärbündnisses faktisch abgeschlossen. Bisher, schrieb US-Botschafter Burns kurz vor dem Gipfel, sei die Strategie der Nato nach innen gerichtet gewesen, „auf die Bedrohung des Zentrums Europas durch den Kalten Krieg“. Jetzt sei sie „nach außen gerichtet – auf die Herausforderung durch globale terroristische Netzwerke, und insbesondere auf die Bedrohung der Sicherheit ihrer Mitglieder durch eine Zone der Instabilität, die Süd- und Zentralasien, den Nahen Osten und Nordafrika umfasst“.¹

Der Nato-Gipfel stellte die Weichen zu einer langen, schrecklichen und letztlich Hunderte von Millionen Menschen bedrohende Konfrontation zwischen der westlichen Staatenwelt und der islamischen Welt.

sc

1 Nicholas Burns, Electronic Journal, Vol. 9 des US-Außenministeriums, 2.6.04, Übersetzung: Amerika Dienst, Quelle: www.friedensratschlag.de





Der Stadtrat von Santa Cruz verabschiedete am 8. Juni eine Resolution, in der er fordert, eine unabhängige Kommission des Kongresses mit der Untersuchung der Folter in den Gefängnissen im Irak zu beauftragen. Außerdem unterstützt der Stadtrat mehrere Anträge des Kongressabgeordneten Rangel, ein Impeachmentverfahren gegen Donald Rumsfeld einzuleiten. Der Stadtrat nimmt ausdrücklich darauf Bezug, dass Folter und Gewalt, für die Rumsfeld die Verantwortung trage, im Namen des amerikanischen Volkes und mit dem Geld der amerikanischen Steuerzahler verübt werden und dass es die moralische und rechtliche Verpflichtung des amerikanischen Volkes sei, die Verantwortung für die Aufklärung, Beendigung und Bestrafung dieser illegalen und nicht hinzunehmenden Aktionen zu übernehmen. (Quelle: Cities for peace; das Bild zeigt eine Demonstration mehrerer hundert Kriegsgegner vor dem Haus Rumsfeld am 5. Juni sowie eine Gegendemonstration von Kriegsbefürwortern)

26 US-Diplomaten und -Offiziere: „Es ist Zeit für einen Wechsel“

Eine Gruppe von 26 Offizieren – unter letzteren der ehemalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Admiral William Crowe, der frühere Stabschef der US-Luftwaffe McPeak und der ehemalige Vizekommandeur des US European Command in Heidelberg, William Smith – und ranghohen Diplomaten veröffentlichte Mitte Juni eine Erklärung gegen den Irak-Krieg. Die meisten von ihnen waren unter Reagan und Bush senior im aktiven Dienst. Ihre Erklärung zeigt eine tiefe Beunruhigung von Teilen der herrschenden Eliten über die Folgen von Bushs Kriegspolitik und eine Spaltung des konservativen Lagers. Hier die Erklärung in einer Übersetzung von Peter Strutinsky (Quelle: www.friedensratschlag.de):

Die Unterzeichner haben verantwortliche Positionen eingenommen in der Planung und Durchführung der amerikanischen Außen- und Verteidigungspolitik. Alle zusammen genommen haben wir jedem Präsidenten seit Harry S. Truman gedient. Einige von uns sind Demokraten, einige sind Republikaner oder Unabhängige, viele stimmten für George W. Bush. Wir alle glauben aber, dass die Politik der gegenwärtigen Regierung hinsichtlich ihrer Verantwortung um die Gewährleistung der nationalen Sicherheit und der Aufrechterhaltung der Führungsrolle in der Welt gescheitert ist.

Von Anfang an ist Präsident George W. Bush einer Auffassung über die Rolle Amerikas in der Welt gefolgt, die auf militärische Macht und Selbstgefälligkeit

setzte, die Anliegen unserer traditionellen Freunde und Verbündeten übergang und den Vereinten Nationen mit Verachtung begegnete. Anstatt auf unsere große ökonomische und moralische Stärke zu setzen, um auf dieser Basis eine koordinierte Kampagne gegen den Terrorismus und seine Wurzeln zu starten, hat sich die Administration mehr von Ideologie als von rationaler Analyse leiten lassen und nur an sich selbst geglaubt. Sie hat die Vereinigten Staaten in einen schlecht geplanten und kostspieligen Krieg geführt, dessen Ausgang unsicher ist. Sie hat die Invasion im Irak mit der Manipulierung unsicherer Geheimdienstinformationen über Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt und durch eine zynische Kampagne die Öffentlichkeit davon zu überzeugen versucht, dass Saddam Hussein Verbindungen zu al-Qaida und den Anschlägen des 11. September 2001 unterhielt. Beweise dafür gab es nicht.

Unsere Sicherheit wurde geschwächt. Während amerikanische Piloten und Pilotinnen, Marines, Infanteristen und Seeleute sich vorbildlich verhalten haben, waren unsere Streitkräfte auf eine militärische Besetzung und auf Nation Building nicht vorbereitet. Meinungsumfragen in aller Welt bezeugen heute Feindschaft uns gegenüber. Muslimische Jugendliche wenden sich dem anti-amerikanischen Terrorismus zu. Niemals zuvor in den zweieinviertel Jahrhunderten unserer Geschichte waren die Vereinigten Staaten in der Welt so isoliert und so gefürchtet und waren sie auf so viel Misstrauen gestoßen. Kein loyaler Amerikaner würde unser Recht in Frage stellen,

für unsere nationalen Interessen notfalls auch allein zu handeln. Aber eine verantwortungsbewusste Führung würde nicht einseitig militärische Maßnahmen ergreifen, bevor nicht die Diplomatie ernsthaft ausgeschöpft wurde.

Die Vereinigten Staaten leiden unter der starken Identifikation mit autokratischen Regimen in der muslimischen Welt und unter der Wahrnehmung, dass sie die Politik und die Aktionen der gegenwärtigen israelischen Regierung bedingungslos unterstützen. Um unsere Glaubwürdigkeit bei den islamischen Völkern zu stärken, müssen wir mutige, energische und ausgewogene Anstrengungen unternehmen, um Frieden zwischen Israelis und Palästinensern herzustellen. Und wir brauchen eine Politik, die zu verantwortlichen demokratischen Reformen ermutigt.

Wir sehen uns großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gegenüber: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, ungleiche Verteilung von Reichtum und den Früchten der Globalisierung, Terrorismus, Umweltzerstörung, Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern, HIV/AIDS, ethnische und religiöse Auseinandersetzungen. Solche Probleme können nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden, auch nicht von der einzige übrig gebliebenen Weltmacht allein. Sie erfordern eine geduldige, koordinierte globale Anstrengung unter der Führerschaft der Vereinigten Staaten.

Die Bush-Administration hat gezeigt, dass sie die Realitäten neuen Ära nicht begriffen hat. Sie ist nicht in der Lage, dem Anspruch auf Führerschaft in der Welt gerecht zu werden – weder durch die Form noch durch die Inhalte ihrer Politik. Es ist Zeit für einen Wechsel.

Polen: Illegale Mülltransporte aus der BRD nehmen zu

Mit der Erweiterung der EU zum 1. Mai nahmen illegale Mülltransporte aus Deutschland in die polnischen Grenzregionen schlagartig zu. Allein im Mai wurden in der Region Lubuskie bei Stichproben 27 Lastwagen mit Müll gestoppt. Der Großteil der illegalen Transporte kommt jedoch zum Ziel, da der polnische Grenzschutz seit dem 1. Mai praktisch nicht mehr kontrollieren kann. Die Grenzübergänge werden täglich von ca. 10.000 Lastwagen und 30.000 anderen Fahrzeugen passiert. Vor allem Bauschutt und alte Möbel, Elektrogeräte, Schuhe und Textilien werden mithilfe illegaler oder halblegaler polnischer Unternehmen über die Grenze gebracht und so billig entsorgt. Die polnischen Behörden fordern den deutschen Zoll auf, die mobilen Zolleinheiten stärker zur Kontrolle dieser illegalen Mülltransporte einzusetzen. Polnische mobile Zolleinheiten gibt es derzeit noch nicht. (Quelle: *Tribuna, DW*) Zusammenstellung: scc

FRANKFURT/MAIN. Das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen Rhein-Main führte am 17.6.2004 beim bundesweiten Aktionstag gegen das Geschäft mit Abschiebungen der Fluggesellschaft LTU eine Kundgebung vor deren Schalter im Terminal 2 des Frankfurter Flughafens durch. Es wurden Flugblätter an Reisende verteilt und mit Transparenten, Plakaten und einem Kundgebungsbeitrag gegen das schmutzige Geschäft der zwangsweisen Abschiebung demonstriert. Der Ferienflieger LTU als REWE Tochterfirma scheint in seinem touristischen Geschäft nicht ausgelastet und somit auf die Deportationen angewiesen. So begründet Geschäftsführer Jürgen Marbach das Engagement seiner Firma mit dem zynischen Satz: „Mit jedem dieser Flüge haben wir das Jahresgehalt eines unserer Mitarbeiter gesichert“. „Wir werden ihnen das Geschäft vermiesen,“ sagt Reinhard Treue vom Aktionsbündnis und verweist auf erfolgreiche Aktionen gegen die rumänische Fluggesellschaft Tarom, die sich 2001 unter dem Druck antirassistischer Aktionen aus diesem Geschäft zurückgezogen hatte. www.deportation-airlines.de



Innenministerkonferenz am 7. Juli Demonstration für ein Bleiberecht

KIEL. Am 7. und 8. Juli tagen die Innenminister aus Bund und Ländern unter schleswig-holsteinischem Vorsitz in Kiel. Aus diesem Anlass findet ab 13 Uhr eine Demonstration statt. Bleiberechtsbündnisse auf Bundes- und Länderebene fordern die Innenministerkonferenz auf, eine großzügige Bleiberechtregelung für Geduldete und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus zu beschließen. Nach Verlauten wird die Innenministerkonferenz über solche Regelungen zugunsten von bisher geduldeten AfghanInnen und ethnischen Minderheiten aus dem Kosovo beraten. Bleiberecht soll demnach allerdings nur erhalten, wer mindestens sechs Jahre legal hier lebt, über ausreichenden Wohnraum und dauerhaft über eigenes Einkommen verfügt, sowie – wenn über 65 Jahre alt – hier dauerhaftsberechtigte Angehörige hat, die den Lebensunterhalt tragen. Den Übrigen droht demnach die Rückkehr in die „Heimat“:

Dagegen werden die Innenminister in Übereinstimmung mit den bundesweit von Prominenten, Kirchen, Gewerkschaften, Verbänden, Menschenrechts- und Migrationsfachorganisationen erhobenen Forderungen konfrontiert, eine Bleiberechtsregelung zu beschließen, die

- für Menschen, die sich seit mindestens fünf Jahren – im Falle von Familien mit Kindern seit drei Jahren – in Deutschland aufhalten, ein Bleiberecht einräumt,
- unbegleiteten Kindern und Jugendlichen nach zwei Jahren Bleiberecht gewährt,
- von Kriegsgräuel und Verfolgungsgewalt traumatisierten Flüchtlingen und Opfern von in Deutschland erlittener rassistischer Gewalt regelmäßig das Recht zu Bleiben einräumt. Ein so gesicherter Aufenthalt sollte einher gehen mit der Freizügigkeit der Wohnsitznahme, dem unbeschränkten Arbeitsmarktzugang, dem Recht auf Familiennachzug, dem Anspruch auf Kinder- und Erziehungsgeld, im Bedarfsfall dem Anspruch auf Sozial-

hilfe sowie dem Anspruch auf Sprach- und Ausbildungsförderung. Die Innenminister aus Bund und Ländern werden aufgefordert, anlässlich ihrer Kieler Konferenz die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass wer bleiben will, auch bleiben kann!

www.frsh.de

Sportler zeigen Flagge – gegen die Kürzungen städtischer Zuschüsse

KÖLN. Zwischen 1500 und 3000 Menschen protestierten am 18.6.2004 auf dem Kölner Rathausplatz für den Erhalt des Breitensports. „Wie viel kostet ein neues Opernhaus? 100 Sportvereine?“ klagte eines der zahlreichen Plakate und Transparente an. Bereits in den beiden letzten Jahren hat die Stadt klammheimlich Zuschüsse ersatzlos gestrichen, die für Neubauten und Platzinstandhaltungen vorgesehen waren. Die betroffenen Vereine wurden vertröstet bzw. gar nicht informiert. Der Breitensport hat hier schon erhebliche Einsparungen hinnehmen müssen. Und weitere Sparmaßnahmen will die jetzige Ratskoalition direkt nach den Kommunalwahlen umsetzen. In den Schreibtischschubladen ruhen derzeit die Pläne, im nächsten Jahr Gebühren für die unbedeckten Sportanlagen einzuführen, also für städtische Leichtathletikanlagen, Fussballvereine und Tennisplätze.



Die Kölner Sportjugend und die Initiative Kölner Sportvereine warnen: „Sollten wir es nicht schaffen und die Hallengebühren werden eingeführt, so muss jedem Vereinsverantwortlichen klar sein, dass der Breitensport in dieser Stadt für immer jegliche Lobby verloren hat – und finanziell ausbluten muss.“ Ehemalige Spitzensportler unterstützen diesen Kampf der Vereine. Infos unter:

www.sportlerkritik-in-koeln.de

Bild: www.arbeiterfotografie.com

Protestaktion in Gotha gegen den „Residenzpflicht“-Prozess

GOTHA. Studierende der Bauhaus-Universität Weimar haben am Montag, 21. Juni 2004, vor dem Amtsgericht Gotha gegen die sogenannte „Residenzpflicht“ protestiert. Anlass war der um 12 Uhr dort stattfindende Prozess gegen Ahmet Sameer. Ahmet Sameer ist Palästinenser und floh aus Dschenin, nachdem die israelische Armee im April 2002 die Stadt um den Preis vieler Toter besetzt hatte. Nachdem er nun in Deutschland Asyl beantragt hat, wird er mit ungeahnten Schwierigkeiten konfrontiert: Er steht vor Gericht, weil er im Rahmen seiner politischen Aktivitäten bei „The Voice Forum Jena“ gegen die sogenannte „Residenzpflicht“ verstoßen hat. Die Vorsitzende Richterin zeigte wenig Interesse, Genaueres über seine Hintergründe zu erfahren. Bereits nach einer kurzen Einlassung im voll besetzten Gerichtssaal stoppte sie ihn und verwies darauf, dass für politische Ausführungen dieses Gericht nicht der geeignete Ort, und er hier „nur Gast“ sei. Ihr Urteil: 50 Tagessätze à 3 Euro.

Ahmet Sameer und sein Anwalt Ulrich von Klingraeff haben Einspruch eingelegt. Wie Cornelius Yufanyi und andere Mitglieder von „The Voice Africa Forum“, die mit ähnlichen Verfahren konfrontiert sind, ist er nicht bereit, für sein Recht auf politische Meinungsäußerung und Bewegungsfreiheit eine Strafe zu zahlen.

www.umbruch-bildarchiv.de

Protestcamp und Aktionswoche „Camp(us) Life in Braunschweig“

BRAUNSCHWEIG. Mit einem Protestcamp vor der Mensa Katharinenstraße richten sich Studierende der Technischen Universität vom 21. Juni bis 4. Juli 2004 erneut gegen die derzeitige Politik der niedersächsischen Landesregierung, speziell gegen die geplante Studiengebühr von 500 Euro pro Semester. In diesem Camp werden neben Diskussionen und Vorträgen zu der momentanen Situation der Hochschulen auch kulturelle Veranstaltungen und Workshops stattfinden, die für die gesamte Öffentlichkeit innerhalb und außerhalb der Universität offen stehen. U.a. werden Studierende der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg berichten, die ihre Universität seit einigen Wochen besetzt halten, um gegen die drohende Schließung zu demonstrieren. Das Motto „Camp(us) life“ steht für eine Universität, die mehr ist als eine reine Ausbildungsstätte. Sie bietet nämlich auch die Möglichkeit, sich in anderen Studienfächern umzusehen, sich unabhängig zu bilden, gemeinsam zu studieren, zu leben und zu forschen. Nicht das Durchsetzen „mit dem Ellenbogen“ gegen andere, sondern das Miteinander sollte hier auch weiterhin im Vordergrund stehen. Das Camp-Programm ist erhältlich über: www.asta.tu-bs.de/piraten



Demonstration gegen Studiengebühren und Landeshochschulgesetz

STUTTGART. Gegen die geplante Einführung von Studiengebühren und die Novelle des Landeshochschulgesetzes gingen am 19. Juni 2004 über 3500 Studenten, Schüler und Eltern aus weiten Teilen Baden-Württembergs in Stuttgart auf die Straße. Zeitgleich demonstrierten in Freiburg mehr als 500. Bei der Abschlusskundgebung vor dem Stuttgarter Rathaus sprachen u.a. Clemens Himpele vom bundesweiten Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), Daniel Krätschmer vom Senat der Universität Stuttgart, Milda Jasinaite als Vertreterin der Universität Konstanz sowie Naomi Czisch für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Sie alle zeigten, dass Studiengebühren nur ein Baustein im Rahmen der Ökonomisierung und Entdemokratisierung des Bildungssystems seien. *kbs*

Zusammenstellung: *baf*

Kritische Stimmen zu den Kommunalwahl-Ergebnissen von Rechtsextremen in Sachsen

Nach der Kommunalwahl in Sachsen erhalten NPD und Republikaner zusammen 13 Mandate in 5 Kreistagen sowie 40 Sitze in 12 Stadt- und Gemeinderäten. Beflügelt schlossen für die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen (im Sept. 2004) DVU und NPD ein Bündnis.

Schweigen fördert Rechtsextremismus

WURZEN: Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. ist vom hohen Wahlergebnis der rechtsextremistischen NPD zur Stadtratswahl in Wurzen tief bestürzt. Mit 11,8% wird die NPD drei Sitze im Wurzener Parlament einnehmen können. Neben Riesa-Großenhain (7,7%) und der Sächsischen Schweiz (7,0%) liegt der Muldentalkreis bei den Kreistagswahlen mit 5,8% auf einem der vorderen Plätze der NPD-Hochburgen in Sachsen. Das Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. sieht die Verantwortung für den Aufstieg der rechtsextremistischen Partei in Wurzen u.a. darin, dass sich auch Oberbürgermeister Dr. Schmidt nie ernsthaft um eine eindeutige Positionierung zum Thema der rechtsextremen Hegemoniebestrebungen und Gewalt bemüht oder sich gar mit ihr auseinandergesetzt hat ... Das Netzwerk fordert von den verantwortlichen Kommunalpolitikern und den Verwaltungen in Stadt und Kreis, sich einer Zusammenarbeit mit den rechtsextremen Parteien auf allen Ebenen zu verweigern und Initiativen und Projekte zu fördern, die mit ihrer Arbeit einem derzeit stattfindenden massiven Rechtsruck entgegenwirken wollen. www.ndk-wurzen.de

Jetzt aktiv werden – für ein „Wehret den Anfängen“ ist es zu spät

PIRNA. Im Landkreis Sächsische Schweiz ziehen fünf Kandidaten der rechtsextremen NPD in den Kreistag, sie erzielte in Pirna 6,6%, Sebnitz 13,2%, Königstein 21,1% und Reinhardtsdorf-Schöna 25,2% ... Rechtsextreme Parteien und Gruppen haben in der Sächsischen Schweiz ein nicht zu unterschätzendes und verfestigtes Potential. Schwarz auf Weiß lässt sich dies nun in den Wahlstatistiken nachlesen. Im Wissen um diese Gefahr engagiert sich beispielsweise die Aktion Zivilcourage seit 1998 für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus, rassistische Aktivitäten und Antisemitismus im Landkreis Sächsische Schweiz mit zunehmender Unterstützung. Doch einzelne Initiativen können diese Herausforderung nicht allein bewältigen. Spätestens mit diesen Ergebnissen ist das Engagement aller demokratischen Bürger gefragt. ... Die Förderung von Jugendarbeit und Kultur muss ausgebaut werden, um Tristesse zu verhindern und den Menschen die Möglichkeit zu geben,

sich Perspektiven zu entwickeln. Auch in den Schulen müssen die Kinder und Jugendlichen mit positiven Werten konfrontiert werden und zu selbstbewussten und weltoffenen Menschen heranwachsen.

www.zivilcourage-pirna.de

Breiter gesellschaftlicher Dialog zur Stärkung demokratischer Kultur

LEIPZIG. Die hohen Wahlergebnisse, wie 10,27% für das REP-geführte Wahlbündnis in Chemnitz, 26% für die NPD in der Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna oder 7,7% für die NPD im Kreis Riesa-Großenhain machten deutlich, dass es sich hierbei nicht nur um Protestwähler handeln kann. Das Netzwerk „Tolerantes Sachsen“ bietet allen gegen Rechtsextremismus engagierten BürgerInnen an, sie bei ihrer Arbeit vor Ort zu unterstützen. Die Staatsregierung wird aufgefordert gemeinsam mit dem Netzwerk und seinen Einzelinitiativen Brücken zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Präventionsansätzen zu bauen ... Alle demokratischen Kräfte sind aufgefordert sich nach den Wahlergebnissen am letzten Sonntag an einer Debatte zur Stärkung demokratischer Kultur zu beteiligen.

www.tolerantes-sachsen.de

Politische Konzepte gegen Nazis – PDS ruft zu Aktionstagen und Foren auf

DRESDEN. Die Forderung des aus Bayern importierten und in Dresden lehrenden Politikwissenschaftlers Patzelt, die CDU müsse den rechten Rand integrieren, stößt ins Leere, denn das praktiziert sie längst vergeblich. Aber dieser rechte Rand wächst in Sachsen immer weiter. Selbst dort, wo die NPD wegen mangelnder Unterstützungsunterschriften nicht flächendeckend antreten konnte, reichte es zu Abgeordnetensitzen. Bei den nächsten Wahlen werden sie folglich keine Unterschriften mehr sammeln müssen. Es wird schwerer werden, sie aus den Kommunalparlamenten herauszubekommen. Und sie selbst werden ihre Kräfte auf jene Regionen konzentrieren können, die sie diesmal noch vernachlässigt haben ... Wir brauchen nicht mehr Polizei, um die Neonazis zu bekämpfen, erst recht keinen Verfassungsschutz. Wir brauchen politische Konzepte. Der Landesvorstand der PDS ruft zu einem sachsenweiten Aktions- und Protesttag am 1. September 2004 unter der Losung „Nazis raus aus den Köpfen“ auf. Am 28. August 2004 veranstaltet der Landesverband ein antifaschistisches Basisforum gemeinsam mit Bündnispartnern und Antifaschisten. Darüber hinaus bereiten wir den „Antifaschistischen Ratschlag“ für November 2004 vor, zu dem wir alle antifaschistischen Kräfte, Vereine und Initiativen und alle demokratischen Parteien einbeziehen werden.

Nach den Kommunalwahlen in Thüringen, bei denen die SPD wiederum verlor und die PDS gewann, vermutet die Wahlforschung eine Stabilisierung dieses Trends bis hin zu den Kommunalwahlen in NRW.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die zur Übertreibung linker Trends sonst nicht neigt, meint zum Thüringer Ergebnis: „Die PDS gewinnt stark hinzu, die SPD stürzt ab, und auch die CDU erleidet Verluste. Die Parteistrategen werden daraus ihre Folgerungen ziehen. Die Verdienste einzelner Bürgermeister und Stadtratsfraktionen geraten gegenüber dem allgemeinen Trend ins Hintertreffen. Zwar ist in Nordrhein-Westfalen die PDS – bisher – eine nachrangige Partei, aber die SPD muss sich bei der Kommunalwahl auf einiges gefasst machen.“

Dafür spricht auch eine ganz neue Umfrage aus Köln, die die PDS bei 3 Prozent sieht.

Es wäre aber nicht ganz richtig, den jetzt auch von den konventionellen Medien registrierten Trend als Hinwendung der Wählerinnen und Wähler zur PDS aufzufassen. Die Kommunalwahlergebnisse in Baden-Württemberg beweisen nämlich, dass die Grundlage auch von PDS-Erfolgen eine Linksentwicklung bei den Wählerinnen und Wählern zu Grunde liegt, die mit einer zunehmenden Bereitschaft zu Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Fragestellungen einhergeht. Die erfolgreichsten Listen waren mit vier Mandaten eine PDS-Bündnisliste in Tübingen (TÜL) und mit drei Mandaten die Freiburger Linke Liste solidarische Stadt, die mit keiner Lin-

ken Partei verbunden ist. In Mannheim gelang einer ebenfalls nicht parteigebundenen Liste der Einzug in den Gemeinderat.

Der Befund lautet also, dass auch PDS-Listen erfolgreich sein können, und die Vermutung ist, dass vor allem in großen Ballungsräumen, Kommunalpolitik ohne Parteizug nicht so ohne weiteres betrieben werden kann, vielleicht, weil das Netzwerk des gegenseitigen Kennens und Von-Einander-Wissens das Gebiet nicht mehr erfasst, so dass ein organisierte Parteizusammenhang gebraucht wird und auch eine abstrakte, nicht einfach durch Verkörperung darstellbare, überpersönliche Programmatik. Auch schafft der von den Parteien geführte Kampf um die Mehrheiten in der Legislative und um die Funktionen in der Exekutive, das Regieren, ein politisches Umfeld, in dem sich politische Ansätze, die auf Selbstorganisation und Basisnähe fußen, behaupten müssen. Es ist ja nicht nur so, dass die Parteien auf der Bundesebene nach ihrer kommunalpolitischen Programmatik gefragt werden müssen, sondern viel wichtiger umgekehrt, was die linken Kooperations- und Bündniszusammenhänge, darunter auch die Parteien am Ort, zu Politik in Land, Bund und Europa entwickeln.

Diese Diskussion kann ohne eine Analyse der Bedürfnisstrukturen, die sich in den Wahlergebnissen linker Initiativen herauslesen lassen, nicht auskommen. Wir dokumentierten eine Untersuchung zum Ergebnis der gleichzeitigen Kommunal-, Regional- und Europawahl in Stuttgart.

schnitt. Das spricht dafür, dass die allgemein vertretene Ansicht, dass die Union in den Großstädten „Probleme“ hat und die Grünen das „moderne Lebensgefühl“ besser ansprechen, zutrifft. Das allein erklärt aber nicht die Erfolge der Grünen, warum können sie inzwischen die politische „Mitte“ ansprechen?

In der Grünen-Partei und bei ihrem Wählerpotential haben seit 1999 politische Verschiebungen stattgefunden. 1999 opponierte ein bemerkbarer Teil bei den Grünen und ihren Wählern gegen den Jugoslawienkrieg; der grüne Außenminister musste sich Bezeichnungen wie „Kriegsminister“ gefallen lassen. Schon bei der Bundestagswahl 2002 hatte sich da eine Änderung abgezeichnet, Rotgrün profitierte von einer Nichtbeteiligung am militärischen Teil des Irakkrieges. Heute ist aus dem grünen Milieu kein lauter Protest zu hören, wenn die Bundeswehr am Hindukusch an der Besatzung teilnimmt. Die Veränderungen haben damit zu tun, dass der ökologische Ansatz, wie ihn die Grünen verkörpern, seine Verbindung zur sozialen Kritik weitgehend verloren hat. Bei den Grünen wird vom Öko-Boom geträumt, den sozialen Interessen bitte sehr nicht fesseln sollen. Das Flair von Modernisierung ist verknüpft mit der Integration in die Gesellschaft, wie sie ist. Die Grünen konnten so ihr Wählerpotential zur Mitte ausdehnen und zugleich kehrte nach links Verlorengegangenes zurück. Dieser bundespolitische Trend hat sich spektakulär bei den Bundestagswahlen 2002 gezeigt, als die PDS als Fraktion aus dem Bundestag flog.

Die Verschiebungen der Präferenzen im Wählerfeld zeigen sich 2004 im nicht so auffälligen Maßstab. Die PDS verlor oder stagnierte jetzt bei der Europawahl in einigen Groß- und Universitätsstädten, wovon die Grünen profitierten, so in Rostock, Schwerin, Greifswald, Berlin, Hamburg, Frankfurt, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, München und eben auch Stuttgart. Die PDS verlor in diesen Städten im Wählerfeld der ehemaligen grün-alternativen Kriegsopposition und konnte dies nicht oder nur teilweise in den Wohnvierteln mit niedrigem Einkommen ausgleichen. Weil ihr allerdings bundesweit dieser Ausgleich gelang (in den nördlichen Bundesländern im Westen liegt die PDS jetzt überall über 2 Prozent), reichte es bei der Europawahl. Aber die Probleme in Süddeutschland zeigen, dass die PDS ihr Konzept der konstruktiven Reformpolitik gegen zynische Vorteilsnahme und brutalen Kapitalismus noch weiter entwickeln muss.

In Stuttgart verlor die PDS bei der Europawahl 2004 in allen Innenstadtbezirken gegenüber 1999 und hatte Zugewinne in den Stadtgebieten, wo Arbeitslosigkeit und Armut deutlicher sichtbar sind. Die bundesweite politische Entwicklung mit ihren Verschiebungen machte sich auch bei der Gemeinderatswahl bemerkbar (siehe Tabelle S. 14).

Stuttgarter Wahlergebnisse am 13. Juni

Partei	Stimmenergebnis in %			Gewinne/Verluste in Prozentpunkten		
	Europawahl	Regionalwahl	Gemeinderat	Europawahl	Regionalwahl	Gemeinderat
CDU	37,4	35,6	32,9	-5,5	-6,9	-5,3
SPD	21,2	24,4	22,8	-6,4	-0,1	-0,6
Grüne	22,1	17,2	18,7	7,8	3,1	5,7
Freie Wähler	x	8,5	9,7	x	2,9	3,3
FDP	7,7	5,3	6,5	1,5	-0,2	0,3
Rep	3,3	4,0	3,9	-0,3	-1,4	-1,0
PDS *	1,9	1,7	1,8	0,0	1,7	0,1

* Die PDS trat bei der Regionalwahl erstmals an.

Erfolg gehabt, Anstrengungen stehen bevor

PDS und Wahlen am 13. Juni in Stuttgart

Sieben Mandate im Europaparlament, deutliche Zuwächse bei den Landtagswahlen in Thüringen, Verteidigung und teilweise Hinzugewinne bei den Mandaten in der Kommunalwahl Baden-Württemberg – die PDS hat, seitdem sie nicht mehr als Fraktion im Bundestag vertreten ist, erstmals bundesweit sichtbar Erfolg gehabt. Bis zur Bundestagswahl 2006 ist aber noch einige Zeit, und die Analyse der jetzigen Wahlen zeigt, dass die PDS sich noch ganz schön anstrengen muss, um als die linke Kraft in Wahlen und Parlamenten zu bestehen.

Grün-alternativ wird anders, PDS gewinnt mit sozialen Themen, aber nicht überall

Am 13. Juni fanden in Stuttgart drei Wahlen statt, deren Ergebnisse für die politischen Parteien recht unterschiedlich ausfielen und sich auch von den bundesweiten Ergebnissen unterscheiden, wie die Tabelle 1 ausweist. Deutlich wird sofort,

es gibt Gemeinsamkeiten zwischen diesen Wahlen, die auf allgemeine Trends schließen lassen: so hat die CDU bei allen Wahlen, wenn auch unterschiedlich, verloren, während umgekehrt die Grünen dazu gewonnen haben. Diese Stimmprozentverluste der CDU bzw. -gewinne der Grünen waren bei der Europawahl in Stuttgart stärker als im Bundesdurch-

PDS verteidigt Mandat in Stuttgart

Trotz dieser schwierigen Bundessituation – die PDS schwächelt in den Metropolregionen, in denen die Wirtschaftslage verhältnismäßig gut ist – konnte die PDS in Stuttgart ihr Mandat im Gemeinderat verteidigen und den Stimmanteil noch leicht erhöhen. Die PDS hat ein Kommunalwahlprogramm mit dem klaren Schwerpunkt sozial und solidarisch; das steht in Übereinstimmung mit ihrem Wählerpotential. Die PDS hatte auf ihrer Liste in Stuttgart Kandidatinnen und Kandidaten, die als Personen mit ihren Auffassungen und ihrem Handeln für dieses Programm stehen. Diese Übereinstimmung von Wählerpotential und politischem Angebot drückt sich darin aus, dass in den Stadtbezirken, wo Armut und Arbeitslosigkeit deutlicher sichtbar sind, auch die Stimmanteile der PDS höher sind (siehe Schaubilder).

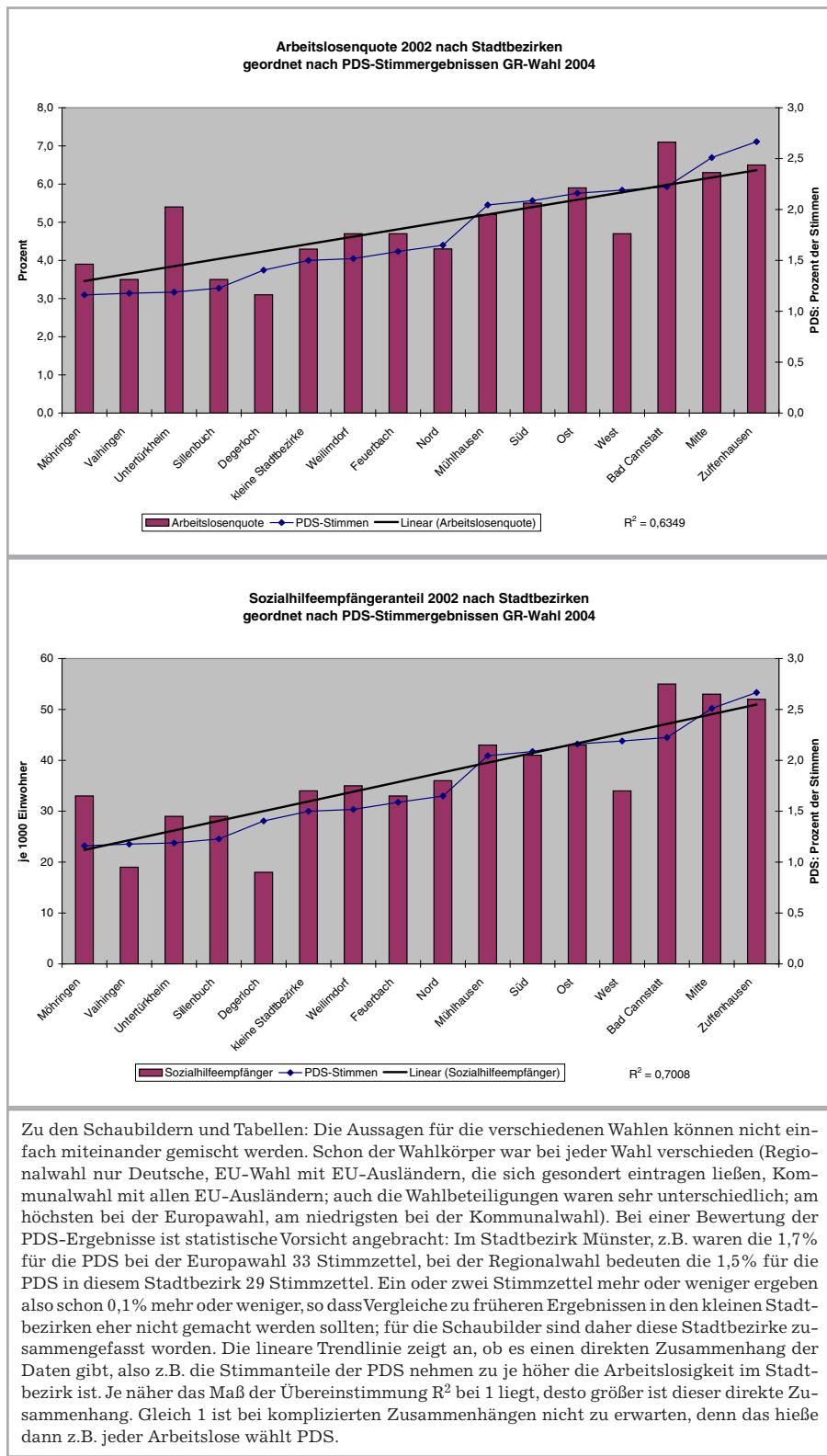
Die PDS hat diese Verschiebung und Verstärkung ins Soziale nicht erkauft mit einer Entwicklung zur „Protestpartei“, wie die Rep es sind, die soziale Inhalte ausnutzen, um sich Zustimmung für ihre rassistischen und rechtsextremen Inhalte zu erkaufen. Bereits 1999 hat sich ein Zusammenhang zwischen PDS als sozialer Partei und den Reps nicht bestätigen lassen; sehr wenige Wahlzettel wiesen Panaschierungen zwischen PDS und Rep auf. Bisher deutet auch 2004 nichts auf einen solchen Zusammenhang: Die PDS hat gute Ergebnisse in Stadtbezirken, in den das Rep-Ergebnis relativ niedrig ist, ebenso auch umgekehrt. Es gibt keine Korrelation zwischen Rep-Ergebnissen und der PDS. (Für Statistiker: das Maß der Übereinstimmung beim linearen Trend $R^2=0,13$, also sehr klein. Das Schaubild hierzu ebenso wie weitere sind auf der Internet-Seite der PDS im Stadtrat: www.stuttgart.de/pds.) Die aufschlussreichen Panaschierungsergebnisse, liegen aber noch nicht vor.

Die PDS hat für ihr Politikangebot – linke, demokratische Reformpolitik mit dem Ziel sozial und solidarisch, mit Rücksicht auf Nachhaltigkeit und Ökologie – wieder ein Mandat im Gemeinderat erhalten. Mehr wäre sicher besser gewesen, aber dazu muss dieses Angebot noch verbessert werden in die Richtung, dass die Kritik an der Stadtpolitik, die es in der Bevölkerung gibt, konkreter und umfassender aufgenommen wird, die klassische Aufgabe einer Partei.

Entwicklungsprobleme der PDS

Neben dem allgemeinen Trend der Verschiebungen bei den Wählern gab es noch spezielle Entwicklungsprobleme in Stuttgart, die damit zum Teil zusammenhängen, zum Teil auch nicht.

- Die PDS konnte für ihre Liste keine jüngeren Kandidatinnen und Kandidaten gewinnen, ein einziger unter 30-Jähriger, ein weiterer, der kandidieren wollte, wurde wegen seiner Staatsangehörigkeit gestrichen. Ebenfalls war diesmal kein einziger Studierender auf der Liste.



Zu den Schaubildern und Tabellen: Die Aussagen für die verschiedenen Wahlen können nicht einfach miteinander gemischt werden. Schon der Wahlkörper war bei jeder Wahl verschieden (Regionalwahl nur Deutsche, EU-Wahl mit EU-Ausländern, die sich gesondert eintragen ließen, Kommunalwahl mit allen EU-Ausländern; auch die Wahlbeteiligungen waren sehr unterschiedlich; am höchsten bei der Europawahl, am niedrigsten bei der Kommunalwahl). Bei einer Bewertung der PDS-Ergebnisse ist statistische Vorsicht angebracht: Im Stadtbezirk Münster, z.B. waren die 1,7% für die PDS bei der Europawahl 33 Stimmzettel, bei der Regionalwahl bedeuteten die 1,5% für die PDS in diesem Stadtbezirk 29 Stimmzettel. Ein oder zwei Stimmzettel mehr oder weniger ergeben also schon 0,1% mehr oder weniger, so dass Vergleiche zu früheren Ergebnissen in den kleinen Stadtbezirken eher nicht gemacht werden sollten; für die Schaubilder sind daher diese Stadtbezirke zusammengefasst worden. Die lineare Trendlinie zeigt an, ob es einen direkten Zusammenhang der Daten gibt, also z.B. die Stimmanteile der PDS nehmen zu je höher die Arbeitslosigkeit im Stadtbezirk ist. Je näher das Maß der Übereinstimmung R^2 bei 1 liegt, desto größer ist dieser direkte Zusammenhang. Gleich 1 ist bei komplizierten Zusammenhängen nicht zu erwarten, denn das hieße dann z.B. jeder Arbeitslose wählt PDS.

Das kam den linken und ökologischen Mitbewerbern der PDS, die damit weniger Probleme hatten, vermutlich zugute.

- Die Wählerinnen und Wähler schätzen in der Kommunalpolitik Kontinuität der Arbeit und damit die Verlässlichkeit. Kommunalwahlen sind auch im linken Spektrum Persönlichkeitswahlen, das zeigen die Erfolge, die linke Listen in Baden-Württemberg mit lange ihr Amt ausübende Mandatsträger erzielten. Daher war ein weiteres Problem für die Stuttgarter PDS der Wechsel im Mandat. Der 1999 gewählte Stadtrat Siegfried Deu-

schle musste krankheitsbedingt zunächst kürzer treten und dann ganz aufhören, die neue Gemeinderätin Ulrike Küstler hatte nur ein Jahr, um sich nicht nur in die Tätigkeit einzuarbeiten, sondern auch noch bekannter zu werden.

- Diesmal war die Zahl der Listen zwar etwas geringer als bei der Wahl 1999, aber es gab wieder, wie es in Stuttgart schon seit langem von vielen beklagte Tradition ist, mehrere um das linke und das alternative-grünkritische Wählerfeld konkurrierende Listen. So erreichte die trotzkistische SAV mit der

BOCHUM. Das US-Repräsentantenhaus hat einem

Steueränderungsgesetz mit 251 zu 178 Stimmen zugestimmt, das zur Konsequenz hat, dass künftig US-Cross-Border-Leasing-Geschäfte (CBL) faktisch tot sind. Die amerikanischen InvestorenInnen können dann keine steuerlichen Vorteile mehr daraus ziehen. Auch die Stadt Bochum hat einen millionschweren CBL-Deal abgeschlossen und das Kanalnetz verleast. Dabei hatten sich SPD und Grüne über ein erfolgreich eingeleitetes Bürgerbegehren hinweggesetzt, das diesen Deal verhindern sollte. „Wenn die Investoren ihre erwarteten Steuervorteile nicht bekommen, werden sie alles versuchen, um vorzeitig aus den Verträgen auszusteigen und Schadenersatz geltend zu machen“, befürchtet der Pressesprecher von attac-Deutschland, Malte Kreutzfeldt. „Eine Kündigung der Verträge, die eigentlich auf eine Laufzeit von mindestens 30 Jahren angelegt sind, ist möglich, wenn der Kommune ein Verstoß gegen vertragliche Pflichten nachgewiesen wird.“ Damit die Öffentlichkeit erfährt, wie groß dieses Risiko wirklich ist, fordert attac die Offenlegung der Verträge. Der Text des Bochumer CBL-Vertrages umfasst mehr als 1000 Seiten in englischer Sprache und ist keinem Ratsmitglied bekannt.

www.bo-alternativ.de

Keine Vertreibung, keine Gettos!

WITTEN. Der MieterInnenverein Witten bittet Stadt und EN-Kreis, alle Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, um eine Vertreibung von arbeitslosen Haushalten aus ihren Wohnungen im Zuge der Hartz IV-Reformen zu verhindern. Die derzeit geltenden Regelungen für Sozialhilfeempfänger könnten auf keinen Fall beibehalten werden. Durch Ratsbeschluss müsste im Vorfeld festgelegt werden, „dass es ab 1. Januar in Witten keine Vertreibungen geben wird“.

Im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe („Hartz IV“) müssen die Wohnkosten aller „Dauerarbeitslosen“ und jetzigen Sozialhilfempfänger (Bezieher von ALG II und Sozialgeld, Sozialhilfe nach SGB XII) von den Kommunen übernommen werden. Die Gesetze schreiben vor, dass die Wohnkosten nach 6 Monaten nur in „angemessener“ Höhe übernommen werden. Was „angemessen“ ist, kann im Falle des ALG II durch Rechtsverordnung bestimmt werden. Von der Möglichkeit, eine derartige Rechtsverordnung zu erlassen, will das Arbeitministerium aber keinen Gebrauch machen. Dies teilte Clement den Mietervereinen mit. Das Ministerium geht davon aus, dass die bisherigen kommunalen Sozialhilfe-Regelungen

Studentin und früheren Schülersprecherin Tinette Schnatterer an der Spitze 0,2 Prozent, die auf MLPD-Politik gegründete Bürgerliste AUF erhielt mit 0,3 Prozent auch eher viel. Die der schwul-lesbisichen Bewegung verpflichtete Einzelkandidatin Laura Halting-Hoppenheit erreichte beachtliche 12.413 Stimmen (0,1 Prozent). Die Grauen, die ebenfalls 1,4 Prozent erreichten, sind eher dem bürgerlichen Protestmilieu zuzurechnen. Schließlich noch die Bündnisliste „Stuttgart – ökologisch – sozial“ (SÖS), die aus ödp und der 1999 angetretenen Öko-Liste „Parteilos glücklich“ sowie einigen Gewerkschaftslinken entstand. Diese Liste erreichte 1,7 Prozent und damit der Student Hannes Rockenbauch ein Mandat.

Auch hier dürfte es, so deutet es wenigstens die Kandidatenliste von SÖS an, Überschneidungen zur PDS hin gegeben haben. Sie waren wahrscheinlich nicht sehr groß, darauf deuten die Stadtteilergebnisse hin (SÖS dort erfolgreich, wo auch die Grünen stark sind), aber genaueres zeigen erst die Panaschierungsüberschneidungen.

Trotz des relativen Erfolges von SÖS zeigt dieses Projekt aber an, dass eine gemeinsame Liste von vorher getrennten Gruppierungen nicht automatisch zu einer Addition der Ergebnisse führen muss. Die ödp hatte 1999 mit 1,4 Prozent den Wiedereinzug in den Gemeinderat knapp verfehlt, Parteilos glücklich mit dem Schwerpunktthema Gegnerschaft zum Bahnprojekt Stuttgart 21 erhielt 1999 ebenfalls 1,4 Prozent. Das Zusammensehen dieser beiden programmatisch sich überschneidenden Gruppen hat aber

jetzt nicht zu 2,8 Prozent geführt, sondern nur zu 1,7. Woran das liegt? Es geht nicht ohne ein deutlich ausformuliertes Programm, mit dem auch eine entsprechende Verankerung in der Bevölkerung gesucht und gefunden wird.

Auch wenn Bündnisse auf der Linken beliebt sind und bei dieser Wahl in den kleineren Städten vom Wähler angenommen wurden: Ohne ein gemeinsam entwickeltes Programm und ohne gemeinsam gemachte Erfahrungen in Auseinandersetzungen wird das alles nicht ziehen. Meiner Meinung nach wird es in einer Stadt von der Größenordnung Stuttgarts in der Kommunalpolitik für eine sozialistische Linke nicht ohne Parteianbindung gehen.

Fazit: Die Präferenzen im Wählerfeld für die PDS haben sich verschoben, weil die Verbindung von Grün-Alternativ und Sozialkritik schwächer wurde, ein Vorgang, auf den die PDS reagiert hat. Das Kommunalprogramm 2004 hat seinen Schwerpunkt eindeutiger im Sozialen und die Diskussion um die Fragen der Modernisierung der Stadtstrukturen unterscheidet sich zum Beispiel inzwischen deutlich von dem orthodox-ökologischen Ansatz. Auch die Personen auf der Liste repräsentierten diese Verschiebung. Trotz Schwierigkeiten: ein Erfolg. Nicht nur für die PDS und die offene Liste. Auch in der politischen Praxis in dieser Stadt sind jetzt „Alternativen machbar“, leichter jedenfalls als noch vor der Wahl.

Bürgerblock geschwächt

Im bisherigen Gemeinderat hatte der sogenannte Bürgerblock aus CDU, FDP und Freien Wählern eine Mehrheit von 33 Stimmen, wozu (nicht immer) noch die Stimme des OB kommt. Diese Mehrheit war rücksichtslos gegen soziale Interessen und stellte Standortkonkurrenz in den Vordergrund. In den Wahlprogrammen dieser Parteien waren in dieser Hinsicht keine Änderungen absehbar. Schön, dass dieser Bürgerblock durch die Wählerinnen und Wähler wenigstens einen kleinen Dämpfer bekam, sie haben künftig nur noch 31 Sitze. Damit steigen die Chancen dafür, dass in der einen oder anderen Sache von sozialem Belang, bei entsprechender Mobilisierung der Bevölkerung, Mehrheiten gegen diesen Bürgerblock möglich werden. Es könnte also spannender werden im neuen Gemeinderat. Die PDS und ihre Gemeinderätin werden sicher dazu beitragen.

Alfred Küstler

Stadtteil	Stimmen für die PDS				
	Europawahl		Kommunalwahl		Differenz
	2004	Differenz	2004	Differenz	
%					
Zuffenhausen	2,4	0,5	2,2	2,7	1,0
Mitte	2,6	-0,9	2,5	2,5	-0,9
Bad Cannstatt	2,2	0,0	2,0	2,2	0,1
West	2,4	-0,5	2,0	2,2	-0,2
Ost	2,2	-0,1	2,0	2,2	0,1
Mühlhausen	2,3	0,7	1,9	2,0	0,1
Süd	2,2	-0,3	2,1	2,1	-0,2
* Stammheim	2,0	0,6	1,8	1,9	0,7
* Wangen	1,4	-0,4	1,5	1,8	0,0
* Obertürkheim	1,5	0,0	1,7	1,8	0,5
* Hedelfingen	2,2	0,2	1,8	1,8	0,2
* Münster	1,7	0,3	1,5	1,7	0,3
Nord	1,8	-0,3	1,6	1,7	-0,1
Feuerbach	1,6	0,2	1,6	1,6	0,4
Weilimdorf	1,6	0,4	1,4	1,5	0,1
Degerloch	1,5	0,2	1,5	1,4	0,3
* Botnang	1,5	0,0	1,3	1,3	0,1
Untertürkheim	1,4	0,1	1,2	1,2	-0,1
Sillenbuch	1,6	0,3	1,0	1,2	0,4
Möhringen	1,2	0,0	1,1	1,2	0,1
Vaihingen	1,2	-0,3	1,1	1,2	-0,1
* Birkach	1,0	0,2	0,8	1,1	0,3
* Plieningen	1,2	-0,1	0,9	1,0	0,0
Stuttgart	1,9	0,0	1,7	1,8	0,1

* kleiner Stadtteil, in den Schaubildern zusammengefasst

auf die Arbeitslosen übertragen werden. Sehr viele Menschen, die bislang Arbeitslosenhilfe bezogen, werden Wohnungen haben, die größer und teurer sind als jetzt vorgesehen. Sie können dann unmittelbar zur Senkung ihrer Wohnkosten aufgefordert werden und nach einem halben Jahr kann die Stütze gekürzt werden.

Diese Maßnahme wird die Nachfrage auf dem sehr engen Segment billiger Wohnungen schlagartig vervielfachen. Dieser Markt wird sofort dicht sein. Es gibt diese billigen Wohnungen nicht. www.tacheles-sozialhilfe.de

Zuwanderer-Integration: KÖLN/BERLIN. Das Integrationsprogramm des Bundes für Zuwanderer muss nach Auffassung des Deutschen Städtetages im laufenden Vermittlungsverfahren erheblich ausgeweitet werden. „Eine Begrenzung der Integrationsmaßnahmen auf Neuzwanderer ist für uns aber nicht akzeptabel. Diese Menschen können wir nicht einfach sich selbst überlassen“, so Hauptgeschäftsführer Articus. Ein beträchtlicher Teil der bereits bei uns lebenden Ausländer verfüge nicht einmal über die einfachsten deutschen Sprachkenntnisse. Auch sei die Ausstattung der für Neuzwanderer vorgesehenen Deutschkurse absolut unbefriedigend.

Im übrigen setze Integration mehr voraus als nur deutsche Sprachkenntnisse. Hier hätten die Städte bereits wesentlich besser angelegte Programme entwickelt, der Bund weigere sich aber, sich diese Ansätze zu eigen zu machen. Mit einem Mitteleinsatz von 200 Millionen Euro jährlich sei das Integrationsprogramm des Bundes erheblich unterfinanziert. www.staedtetag.de

Kinderbetreuung ist nicht für „lau“ zu haben: POTSDAM. „Der Gesetzentwurf von Bundesfamilienministerin Schmidt zum Ausbau der Tagesbetreuung stellt keine zusätzlichen Finanzmittel bereit und ignoriert die desaströse Finanzsituation der Kreise, die sich noch weiter verschlechtern wird.“

Der Ausbau der Tagesbetreuung für unter Dreijährige würde allein 2,5 Milliarden Euro kosten. Es ist absurd zu glauben, die Kreise könnten dies ohne grundlegend verbesserte Finanzausstattung leisten.“

Landkreistags-Präsident Dupré widersprach einer finanziellen Kompensation des Ausbaus der Kinderbetreuung durch vermeintliche Einsparungen der Landkreise bei der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe: Die Arbeitslosenhilfereform führe durch die Übertragung der neuen Aufgabe Unterkunftskosten nicht zu Entlastungen, sondern zu Belastungen der Landkreise in Milliardenhöhe.

www.landkreistag.de
Zusammenstellung: ulj



Am Ende eines Aktionstages: Die Reaktion des Kapitals setzt sich durch

Die Siemensverträge: Text und Begründung der IG-Metall

Wir dokumentieren einen Informationstext der IG Metall, dem auch der Text des „Abkommens ...“ (siehe S. 16) beigegeben war, und stellen dabei irritiert fest, dass die IG Metall sich weigert, die tarifpolitische Zäsur wahrzunehmen, die durch diesen Vertrag markiert wird. Denn hier erlaubt eine Gewerkschaft einem monopolgroßen Unternehmen, seine Marktposition nicht durch Steigerung der Produktivität der Arbeit zu sichern, sondern durch eine beträchtliche Ausdehnung der Arbeitszeit. Bleibt es dabei, dann wird die Ausdehnung der Arbeitszeit zu einem Sinken der Arbeitsproduktivität führen. Der unvermeidlich Verlust an Aufmerksamkeit wird für Fehlleistungen sorgen. Die Qualität wird sinken. Die Umwandlung von Lebenszeit in unbezahlte Arbeitszeit wird die Entwicklungspotentiale der arbeitenden Menschen negativ beeinflussen. Die Umwandlung von bisher bezahlten Überstunden in unbezahlte Mehrarbeit wird die Einkommen und die Kaufkraft schwächen. Weil jeder wittert, dass durch solche Maßnahmen die Wirtschaft nicht gestärkt wird, werden die Auswirkungen auf das Verbrauchertrauen negativ sein. Die IG Metall hat unterschrieben, aber sie ist nicht schuld. Am längeren Hebel sitzt die Siemens AG. Sie hat die Trendwende erpresst. Warum? Wahrscheinlich ist diese Strategie aus einer kurzfristigen bilanzorientierten Analytik geboren, die zwar Veränderungen „unter sonst gleichbleibenden Umständen“ messbar macht, aber die folgenreiche Veränderung der Umstände selbst nicht anzeigt. Die Überbetonung solcher Messmethoden drängt wichtige Erfahrungen von Arbeitsorganisation und Produktentwicklung in den Hintergrund. Warum die IG Metall, die solche Erfahrungen repräsentiert, diese gleichwohl nicht einbringen kann, ist eine andere Frage, mit der wir uns anhand der innergewerkschaftlichen Kritiken am Vertragswerk in einer nächsten Ausgabe der PB auseinandersetzen werden.

1. Chronologie des Konfliktes

- Nach Abschluss des Tarifvertrags in der M-E-Industrie im Februar 2004: Siemens und insbesondere der Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer drohen öffentlich mit Austritt aus dem Arbeitgeberverband (u.a. Interview im „Fränkischen Tag“).
- In diesem Zusammenhang spricht sich Heinrich von Pierer für eine generelle Einführung der 40 Stunden-Woche aus.
- Gleichzeitig Drohungen, mehrere Siemens-Standorte in Deutschland zu schließen und z.B. nach Ungarn zu verlagern da man zu den hiesigen Arbeitsbedingungen nicht wettbewerbsfähig sei (u.a. Bocholt und Kamp-Lintfort).
- Immer wieder Äußerungen des Managements, mittelfristig die Beschäftigungsquote im Konzern entsprechend der jeweiligen Umsatzquote in den Ländern anpassen zu wollen. Das könnte nach einer Berechnung des Gesamtbetriebsrates in Deutschland bis zu 74.000 Arbeitsplätze kosten.
- Siemens präsentierte konkrete Abbaupläne auf der Wirtschaftsausschuss-Sitzung am 31.3.2004. Über 5.000 Arbeitsplätze in der Siemens AG akut konkret bedroht, ca. 8.000 weitere im Konzern.
- Erklärung von Siemens-GBR und -KBR am 1.4.2004: 11 Punkte zur Sicherung des Standortes Deutschland.
- Siemens-Konferenz der IG Metall am 14.5.2004 in Nürnberg mit über 400 Teilnehmenden. Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber fordert Siemens auf, auf Grundlage des Flächentarifvertrages mit der IG Metall eine Vereinbarung abzuschließen, die die Zukunft der Standorte und der Arbeitsplätze längerfristig sichert.
- „Spitzentreffen“ IG Metall-Vorstand und Siemens-Management am 2.6.2004. Siemens-Management spricht von 4.500 Arbeitsplätzen. Vereinbart wurde auf zentraler Ebene mit einer Rahmenregelung die inhaltliche Grundlagen und den Rahmen für die zukünftige Zusammenarbeit von Siemens und IG Metall zu schaffen. Auf Grundlage dieser Vereinbarung könnten auf lokaler Ebene Verhandlungen über Lösungen für die bedrohten Arbeitsplätze geführt werden.
- Tarifpolitischer Koordinationskreis am 16.6.2004 mit über 80 betrieblichen Vertretern aus allen Geschäftsbereichen der Siemens AG, Information über Ergebnisse „Spitzengespräch“, Verabredung über weiteres Vorgehen.



1. Präambel – Ziel dieser Vereinbarung ist es, am Standort Deutschland bestehende Arbeitsplätze zu sichern und unter wettbewerbsfähigen Bedingungen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der Erhalt und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovationsfähigkeit und der Investitionsbedingungen der Siemens AG am Standort Deutschland liegen im gemeinsamen Interesse der Beteiligten.

Für die Siemens AG besteht keine strategische Zielsetzung darin, das Verhältnis von Inlands- zu Auslandsumsatz auch in der Beschäftigungsbasis abzubilden. Bei einem Aufbau von Beschäftigung im Ausland stehen im Vordergrund Markt- und Kundennähe, ggf. local content-Forderungen, die Verfügbarkeit von Qualifikationen und sämtliche sonstigen vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen sowie selbstverständlich auch die globale Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens.

2. Grundlage der Arbeitsbeziehungen – Die Siemens AG, der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG und die IG Metall sind sich einig, dass Flächentarifverträge der Metall- und Elektroindustrie das Fundament der Arbeitsbeziehungen im Unternehmen bilden. Im Interesse der Beteiligten ist es, die Flächentarifverträge zukunftsfähig weiter zu entwickeln.

Soweit über die Informationen und Beratungen mit den Gremien der Arbeitnehmervertretungen hinaus weiterer Gesprächsbedarf besteht, so wird dieser durch ein Gespräch mit der IG Metall eingelöst.

3. ILO-Normen – Die Siemens AG legt weltweit großes Gewicht auf die Übereinstimmung des Verhaltens seiner Mitarbeiter mit den Abkommen und Empfehlungen internationaler Organisationen (dazu gehört auch die dreiteilige Grundsatzzerklärung der ILO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik). Siemens erwartet das auch von seinen Lieferanten und Geschäftspartnern.

4. Förderung von Aus- und Weiterbildung – Die Siemens AG hat der eigenen qualifizierten Ausbildung und der zukunftsorientierten Weiterbildung stets hohe Bedeutung beigemessen und wird dies auch in Zukunft tun. Dazu gehört es auch, die Kompetenz aller Mitarbeiter durch zukunftsorientierte Aus- und Weiterbildung zu sichern. Die Führungskräfte und ebenso die Mitarbeiter selbst sind gehalten, den Weiterbildungsbedarf zu prüfen und notwendige Maßnahmen einzuleiten.

5. Förderung von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit – Die Siemens AG wird dem Aspekt der Eigenverantwortlichkeit und Teilautonomie von Arbeitnehmern und Arbeitsgruppen weiterhin verstärktes Gewicht einräumen. Dies kann einen wichtigen Beitrag zu Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitszufriedenheit leisten.

6. Standort- und Beschäftigungsentwicklung – Die Siemens AG wird die Arbeitnehmervertreter, wie bisher, rechtzeitig und umfassend über geplante Veränderungen unterrichten. Sie wird dieses unter Darlegung der jeweiligen Problemstellung, der betriebswirtschaftlichen Daten und Kennziffern beraten. Die Siemens AG wird in den Fällen, in denen betriebliche Lösungsmöglichkeiten nicht ausreichen, den Tarifvertragsparteien darlegen, welche Maßnahmen zur Abwendung von Arbeitsplatzabbau bzw. Arbeitsplatzverlagerungen geprüft und gegebenenfalls umgesetzt worden sind; das kann beispielhaft sein: Insourcing, Personalausgleich zwischen Standorten, Reduzierung von Leiharbeitnehmern, betriebliche Prozessoptimierung, Innovation.

Auf Basis der regionalen Flächentarifverträge werden, wenn nötig, den jeweiligen Erfordernissen Rechnung tragende tarifliche Ergänzungslösungen abgeschlossen. Betriebliche Maßnahmen zur Anpassung der Beschäftigungs- und Ar-

beitsbedingungen werden zuvor ausgeschöpft, sie haben damit Vorrang vor tarifvertraglichen Ergänzungsregelungen. Sollten trotzdem Personalanpassungen unvermeidbar sein, so ist es ein Anliegen der Siemens AG, diese so sozialverträglich wie möglich zu gestalten. Dabei wird die Siemens AG, wie in der Vergangenheit auch, betriebsbedingte Kündigungen als ultima ratio betrachten.

Für Umorganisationen in den regionalen Einheiten Inland gilt die Rahmenregelung ZP-Rundschreiben Nr. 53/98 v. 07.08.1998 (2. Nachtrag v. 24.09.2002). Diese soll auch für alle zur Verhandlung stehenden Maßnahmen Anwendung finden. Die notwendige Ausweitung wird zwischen Siemens AG und Gesamtbetriebsrat der Siemens AG vereinbart.

Die bei der Siemens AG gebildete betriebsorganisatorische eigenständige Einheit (beE) soll unternehmensweit eingesetzt werden, um alle internen und externen Vermittlungspotentiale auszuschöpfen. Dabei ist Ziel allen Bemühens die dauerhafte Anschlussbeschäftigung. Sind im Einzelfall die Tarifvertragsparteien für ergänzungstarifvertragliche Lösungen gefordert, so wird eine rechtzeitige und umfassende Information durch substantiierte Darstellung der Problemlagen unter Vorlage von Daten und Kennziffern erfolgen.

Die Beteiligten gehen davon aus, dass während der Laufzeit tarifvertraglicher Ergänzungslösungen die betroffenen Standorte gesichert sind und betriebsbedingte Kündigungen nicht stattfinden müssen.

Die Beteiligten stimmen darin darüber ein, dass der auf den Betrieb bezogene Ergänzungstarifvertrag ein Element neben weiteren Maßnahmen im Rahmen der Standortsicherung und -entwicklung darstellt.

Für die Siemens AG G.G. Goth, W. Huber

Für den Gesamtbetriebsrat Heckmann, Adler. Für

die IG Metall der Siemens AG

Burkhard, Hawreliuk

Auslandumsatz in den Beschäftigtenzahlen abzubilden.

- Eingriffe in Tarifverträge kommen nur in Frage, wenn zuvor alle betrieblichen Möglichkeiten zur Sicherung von Beschäftigung und von Standorten ausgeschöpft sind. Es sind einige Beispiele für solche betrieblichen Maßnahmen aufgeführt.
- Sollte dennoch Beschäftigungsabbau nötig sein, soll er so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Betriebsbedingte Kündigungen sind dabei „ultima ratio“.
- Wenn Eingriffe in Tarifverträge erforderlich sind, dann wird die IG Metall rechtzeitig und umfassend über die Problemlage informiert, auch unter Vorlage von Daten und Kennziffern des Unternehmens.

- – Rahmenvereinbarung vom 23.6.2004.
– EG-TV Bocholt – Kamp-Lintfort vom 24.6.2004.

2. Rahmenvereinbarung

(Siehe Anlage 2: Vereinbarung zur Sicherung und Entwicklung von Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation bei der Siemens AG, unterzeichnet von der Siemens AG, dem Gesamtbetriebsrat und der IG Metall)

Die wesentlichen Regelungsgegenstände in der Rahmenvereinbarung sind:

- Siemens erkennt die Flächentarifverträge als Grundlage für die Arbeitsbeziehungen im Unternehmen an.
- Die IG Metall ist anerkannter Gesprächspartner für Siemens.
- Beschäftigung bei Siemens:
- Siemens nimmt Abstand von den Überlegungen, das Verhältnis Inlands- zu

und ergebnisorientierte Gewinnbeteiligung“. Die Einzelheiten sind noch durch eine Gesamtbetriebsvereinbarung zu regeln, wobei je nach Zielerreichung eine Zahlung von 45% bis 90% eines Monatsentgelts vorgesehen ist.

- Der Zuschlag für Spätarbeit beträgt 8%.
- Das bestehende Prämienlohnsystem wird auf ein Zeitlohnsystem umgestellt.
- Mit übertariflichen Beschäftigten sollen einzelvertraglich vergleichbare Beschäftigungsbedingungen erzielt werden.
- Weitere betriebliche Regelungen:
 - Die jeweiligen Betriebsvereinbarungen zur Arbeitszeit sollen angepasst werden mit dem Ziel größtmöglicher Flexibilität.
 - Bestehende Einzelverträge über eine 40-Stunden-Woche werden gekündigt. Bislang beträgt die Quote in Kamp-Lintfort 44%, in Bocholt 21%.
- Investitionen / Gegenleistungen des Unternehmens:
 - Insourcing externer Consultingleistungen.
 - Investitionen für neue Produkte (geplant ca. 30 Mio. Euro).
 - Ansiedlung zusätzlicher Entwicklungskapazitäten und damit verbundener Fertigung für die neueste Mobilfunkgeneration (UMTS).
- Beschäftigungs- und Standortsicherung:
 - Sicherung der Standorte für die Laufzeit der Vereinbarung (24 Monate).
 - Kein Stellenabbau wegen der Verlängerung der Arbeitszeit.
 - Wenn Stellenabbau aufgrund von Restrukturierungen, Veränderungen des Marktes oder standortsichernder Maßnahmen erforderlich ist, dann sollen betriebsbedingte Kündigungen durch betriebliche Maßnahmen vermieden werden, z.B.: ○ Insourcing, Reduzierung von Leiharbeit ○ Personalausgleich zwischen den Standorten ○ Prozessoptimierung ○ Maßnahmen nach TV Beschäftigungssicherung, Altersteilzeit.

4. Politische Bewertung

Die IG Metall begrüßt den Abschluss der Rahmenvereinbarung (siehe Kasten links, PB), insbesondere, weil damit seitens des größten Unternehmens in unserem Organisationsbereich ein eindeutiges Bekenntnis zum Flächentarifvertrag formuliert wurde. Angesichts der Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden in den letzten Monaten ist dies keine Selbstverständlichkeit. In der öffentlichen Auseinandersetzung um den Flächentarifvertrag und den Tarifabschluss 2004 der Metall- und Elektroindustrie ist diese Aussage um so wichtiger.

Bei dem abgeschlossenen Ergänzungstarifvertrag für die Standorte Bocholt und Kamp-Lintfort handelt es sich aus mehreren Gründen um einen schwerwiegenden Einzelfall. Die Gegenleistungen der Beschäftigten beinhalten drastische Einschnitte in die Jahreseinkommen. Insbesondere die Verlängerung der

Arbeitszeit ohne Lohnausgleich stellt einen schmerzhaften Kompromiss für die Beschäftigten und die IG Metall dar.

Die Regelung stellt kein Modell für weitere Tarifkonflikte innerhalb des Siemens Konzerns dar. Sie ist erst recht kein Modell für andere Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie. Dieser Extremfall war für uns aus mehreren Gründen nur akzeptabel,

- weil keine unmittelbaren Konkurrenzbetriebe in Deutschland betroffen sind, da Siemens das einzige Unternehmen ist, das schnurlose Festnetztelefone in Deutschland fertigt,
- weitere Mobiltelefonhersteller über eine deutlich niedrigere Fertigungstiefe verfügen als die betroffenen Standorte der Siemens AG.

Es bleibt festzuhalten, dass trotz der weitreichenden Zugeständnisse die Fertigungsverlagerung nach Ungarn betriebswirtschaftlich weiterhin im dreistelligen Millionenbereich auf fünf Jahre günstiger wäre als die Aufrechterhaltung der Produktion in Deutschland. Die IG Metall geht davon aus, dass beide Standorte und die Beschäftigung über die Laufzeit der Vereinbarung hinaus aus heutiger Sicht gesichert sind. Mit den vereinbarten Investitionsmaßnahmen verbindet sich der zukunftsorientierte Ausbau der Standorte zu weltweiten Kompetenzzentren der Mobilfunktechnik. Dies wird vom Unternehmen zwischenzeitlich auch öffentlich bestätigt.

Mit der Tarifvereinbarung Metall- und Elektroindustrie 2004 hat die IG Metall sich dazu bekannt, die Sinnhaftigkeit abweichender Tarifverträge zu prüfen, wenn dies dem Erhalt von Arbeitsplätzen sowohl bei drohender Insolvenz als auch in Phasen konjunkturell bedingter Unterauslastung dient. Wir haben diesen Vertrag unterschrieben und können und wollen ihn nicht boykottieren. Gerade weil Begriffe, wie Wettbewerbs- oder Innovationsfähigkeit, Interpretationsspielräume bieten, sind die Anforderungen an abweichende Tarifverträge klar zu benennen, dazu gehören immer auch definierte Gegenleistungen. Wir verlangen dazu ein verbindliches und kontrollierbares Konzept, das nachvollziehbare und überprüfbare Investitionen enthält:

- in die Modernisierung der Standorte,
- in neue Ablauf- und Organisationsstrukturen,
- in die Verbesserung des Produktprogramms und Produktinnovationen,
- in die Qualifizierung der Belegschaft.

Wir können keine Situation hinnehmen, bei der sich ein Unternehmen auf das nächste beruft und einen Rabatt auf den Tarifvertrag, den Verzicht der Beschäftigten, verlangt. In Kamp-Lintfort und Bocholt hat die IG Metall der besonderen Bedrohung unserer Kolleginnen und Kollegen und den spezifischen Bedingungen dieses Einzelfalles Rechnung getragen. Damit wurde kein Modell für andere geschaffen.

Bauindustrie droht mit Klage gegen „Irak-Sonderopfer“. HB, Di., 22.6.04. – Dass dem Irak Schulden erlassen werden, um dem Land wirtschaftlich auf die Beine zu helfen, ist unter den Gläubigerländern umstritten. Um die Höhe des Erlasses wird kräftig gerangelt. Die US-Regierung drängt auf eine möglichst umfassende Streichung von rund 80 Prozent. In der EU ist man zurückhaltender. In deutschen Regierungskreise hält man 50 % für ausreichend. Das würde auch die deutsche Bauindustrie zufrieden stellen. Sie befürchtet aber, dass die Bundesregierung auf Grund politischen Drucks letztlich einknicken könnte. Zudem besteht die Sorge, dass Berlin umso großzügiger sein könnte, je mehr deutsche Firmen vom Wiederaufbau des Irak profitieren könnten zu Lasten der Investoren aus den 80er Jahren.

Deutsche Wirtschaft sieht Irak-Engagement mit Skepsis. HB, Do., 24.6.04. – „Die prekäre Sicherheitslage ist das Haupthindernis“, sagt J. Clausnitzer, Nah- und Mittelostexperte im Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Bislang war man davon ausgegangen, dass die Übergabe der Macht an den Irak das Startsignal für den stockenden Wiederaufbau ist – mit kräftiger deutscher Mitwirkung. Ab 1. Juli entscheidet die irakische Interimsregierung über die Verwendung der Mittel. Nach Auskunft des DIHK verfügt der Development Fund für Iraq derzeit über ein Vermögen von 10,3 Mrd. Dollar, wobei Aufträge im Wert von 4,1 Mrd. Dollar bereits von den Amerikanern vergeben wurden.

Wirtschaft zeigt Verständnis für Eichel. – Der Etatentwurf 2005 von Bundesfinanzminister H. Eichel wird von der Wirtschaft milder kritisiert als von Ökonomen und der Union. „Der Haushalt sieht zwar aus wie der Turm von Pisa auf dünnem Eis: oben schief und unten ohne Fundament“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) M. Rogowski. Er betonte aber auch, dass Eichel wenig Alternativen hatte, den Haushalt solider zu gestalten. Rogowski forderte von Eichel, Subventionen auf breiter Basis zurückzufahren, einschließlich der Sonntags- und Nachtarbeitszuschläge, der Eigenheimzulage und der Pendlerpauschale und dafür die direkten Steuern wieder zu senken.

BDI erwartet kein vorzeitiges Ende der rot-grünen Koalition. – HB, Frei. Sa., 25./26.06.04. Rogowski (BDI): „... Schröder hat mit der Agenda 2010 etwas ganz Beachtliches auf den Weg gebracht ... Ich vertraue darauf, dass Schröder trotz der Widerstände in der SPD bei seinem Reformkurs bleibt und ihn durchsetzt.“

Die Stellungnahme von Sylvia-Yvonne Kaufmann zu den Europawahlen (PB 13) rief in der PDS Kritik hervor.

Offener Brief an den Parteivorstand der PDS zur EU-Verfassung

Der jetzt verabschiedete Entwurf der EU-Verfassung steht mit wichtigen Artikeln im Gegensatz zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Das betrifft vor allem den Friedenscharakter unserer Verfassung und die unveränderlichen Festlegungen Deutschlands auf eine soziale und wirtschaftliche Neuordnung. Wer dem europäischen Verfassungsentwurf in der vorliegenden Form zustimmt, entscheidet sich in diesen beiden Fragen gegen Geist und Buchstaben des Grundgesetzes.

Als Arbeitsgemeinschaft der GewerkschafterInnen in der PDS fühlen wir uns im besonderen Maße verpflichtet, jene Artikel des Grundgesetzes zu verteidigen, die den Herrschenden durch die Nachkriegskämpfe der Arbeiterbewegung abgetrotzt wurden und die die Bundesrepublik nicht auf eine bestimmte Wirtschaftsordnung, sondern ausschliesslich auf einen sozialen Bundesstaat festlegen. Diese vom Bundesverfassungsgericht bestätigte Verfassungsnorm wird durch den EU-Verfassungsentwurf entwertet und durch die Festlegung auf eine kapitalistische Wettbewerbsgemeinschaft ersetzt. Hier wird eine Geschichtskorrektur vorgenommen, mit der die in Artikel 14 und 15 verankerte Sozialpflicht des Eigentums und die Möglichkeit der Vergesellschaftung ebenso außer Kraft gesetzt wird, wie die Festlegung auf den Sozialstaat.

Sylvia-Yvonne Kaufmann stellte sich mit ihrer Werbung für eine Annahme der jetzigen EU-Verfassung nur einen Tag nach der Wahl in einen Gegensatz zum Wahlprogramm, auf dem sie kandidierte und schadet damit unserer Glaubwürdigkeit. Ihre Unterstellung, dass sich die PDS bei Ablehnung dieses Entwurfes wie die KPD vor 60 Jahren „ins gesellschaftliche Aus katapultierte“, diffamiert die kritische Debatte und verrät gleichzeitig eine erstaunliche Unkenntnis der westdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Die KPD hat nur deshalb dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ihre Stimme verweigert, weil es die Spaltung Deutschlands besiegelte. Aber sie erklärte gleichzeitig, dass sie die Verfassung gegen diejenigen verteidigen werde, die sie angenommen haben. Die Geschichte aller westdeutschen Linken ist seit Jahrzehnten von diesen Abwehrkämpfen gegen die Revision des Grundgesetzes geprägt.

Und die KPD ist nicht deshalb ins gesellschaftliche Aus geraten, weil sie angeblich den Geist der Verfassung ablehnte, sondern weil sie im Zuge des kalten Krieges verboten, kriminalisiert und verfolgt wurde. Bei aller berechtigten Kritik

am Sektierertum der KPD halten wir die Behauptung der Selbstverschuldung für eine gefährliche und diffamierende Geschichtsklitterung. Mit dieser historisch unhaltbaren These verdreht Sylvia-Yvonne Kaufmann nicht nur die Geschichte der KPD, sondern bedient sich einer Argumentation des kalten Krieges und Antikommunismus. Zehntausende westdeutsche Linke sind in Gefängnisse geworfen, verfolgt und mit Berufsverbot bestraft worden, weil die Linke angeblich nicht auf dem Boden der Verfassung steht. Die Begründung stützte sich stets auf das KPD-Verbotsurteil und die angebliche Ablehnung des Grundgesetzes. Wenn diese Legende nun erneut von einer namhaften PDS-Politikerin belebt wird, dann ist das nicht nur eine historische Nachlässigkeit. Sylvia-Yvonne prophezeite der PDS das Schicksal der KPD, wenn sie der europäischen Verfassung die Zustimmung verweigert. Und sie mag die tatsächliche Geschichte nicht kennen, aber einige unserer wirklichen Gegner werden für den Hinweis dankbar sein. (23.06.2004)

Harald Werner – Gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS; Barbara Borchardt, Jörg Böhm, Holger Grünwedel, Gerald Kemski, Heidi Pommerenke, Sabine Wils, BundessprecherInnen der PDS AG betrieb & gewerkschaft-

Wolfgang Gehrcke, Mitglied des Parteivorstandes, schreibt zum gleichen Thema
Ich will euch zu Sylvia-Yvonne Kaufmanns Erklärung meine Position zur Kenntnis geben. Über vieles hätte ich gern inhaltlich diskutiert, aber dies auf der Grundlage von Glaubwürdigkeit.

1. Die PDS hat eine eindeutige Position zum europäischen Verfassungsentwurf in ihrem Wahlprogramm bezogen. Diese Position ist durchaus differenziert. Wir sagen Ja zu einer europäischen Verfassung, nennen Kriterien dazu und lehnen vor diesem Hintergrund den vorliegenden Entwurf ab. Es gibt bis heute keine öffentlich bekannten Fakten, die begründet die Annahme stützen, dass in den von uns am meisten kritisierten Punkten eine Veränderung durch die Regierungschefs in Sicht ist.

Alle Kandidatinnen und Kandidaten der PDS haben in Kenntnis dieser Entscheidung des Parteitages kandidiert und sind auf der Grundlage des Wahlprogrammes gewählt worden. Landauf, landab haben wir diese Position der PDS erklärt, in der Friedensbewegung und auf vielen Podien dafür gestritten. Jetzt nach den Wahlen und nicht vorher, schon gar nicht vor dem Organ der PDS, das einzig dazu legitimiert ist, und das war der Europaparteitag darüber zu streiten, hat nichts mit Debattenfreiheit zu tun. Es hätte viele und gute Möglichkeiten gegeben, eine neue Debatte anzustossen und diese zu führen. Aber nicht so. Eine Spitzenkandidatin steht nicht nur für sich

selbst, sondern steht für die Liste und die PDS insgesamt. Die Folgen einer solchen Vorgehensweise, wie sie Sylvia-Yvonne Kaufmann gewählt hat, sind moralisch und politisch für die PDS auch mit Blick auf künftige Wahlen katastrophal. Ich frage mich, warum wir Wahlprogramme schreiben, wenn diese hinterher Makulatur sind ...

2. Ich halte es für beleidigend, den bisherigen Diskussionsprozess pauschal als von „parteiinternen Personalquerelen, Diffamierungen und linkssektiererischen Totschlagargumenten“ geprägt zu bezeichnen. Genauso dies tut Sylvia-Yvonne, wenn sie fordert, eine „fundierte Debatte zu beginnen, die im Unterschied zur bisherigen Debatte frei ist.“ von ... Das heißt doch, die bisherige Debatte war nicht fundiert und von den genannten Problemen geprägt. Weder die Diskussion im PV noch die Diskussionen im Wahlkampf verließen so, wie von Sylvia-Yvonne wahrgenommen.

3. Die von Sylvia-Yvonne Kaufmann beschriebene Annahme oder besser Behauptung, dass mit der Europäischen Verfassung eine Neugründung der Europäischen Union verbunden ist, halte ich für falsch. Der Verfassungsentwurf bündelt vielmehr die bisherigen Rechtsgrundlagen, insbesondere auch den Maastrichter Vertrag. Ebenso falsch ist aus meiner Sicht für die PDS, die Alternative „proeuropäische-linkssozialistische Partei oder Anti-EU-Partei“ aufzumachen. Die PDS, immerhin ein Parteitag der PDS hat sich als Verortung der PDS als proeuropäische Partei entschieden. Ebenso deutlich die Partei der Europäischen Linken und mit dem Zusatz, dass wir für ein anderes Europa kämpfen. Dass in unserer Partei die ganze Bandbreite von proeuropäisch, euroskeptisch bis Anti-EU vorhanden ist, bestreitet keiner. Das ist nicht verwunderlich. Es ist aber kein Ausweis für demokratisch oder sektiererisch. Nehmen wir z. B. die schwedische Linkspartei, die bekanntermaßen die sozialdemokratische Regierung in Schweden toleriert. Ich habe noch nie gehört, dass jemand diese Partei als linkssektiererisch bezeichnet. Die schwedische Linkspartei jedoch hat beschlossen, dass sie für den EU-Austritt Schwedens kämpft. Ich halte diesen Beschluss für falsch, aber der Spannungsbogen der Linken in Europa geht von pro-europäisch über euroskeptisch bis EU-ablehnend ...

Liebe Genossinnen und Genossen, das Mindeste, was der PV tun kann, ist, deutlich zu machen, dass die PDS am Wahlprogramm festhält und wir von allen Abgeordneten der PDS erwarten, dass sie sich im Rahmen des Wahlprogramms verhalten. Das richtet sich nicht gegen Debatten. Solche streben wir an. Aber das verteidigt die Glaubwürdigkeit der Partei.

Zusammenstellung: jöd

Die Fraktion der Europäischen Linken konstituiert sich – erste Beschlüsse und Initiativen

Die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament hat sich am 23. Juni, zehn Tage nach den Europawahlen, in Brüssel neu konstituiert. Als Vorsitzender wurde der französische KPF-Abgeordnete Francis Wurtz (Bild) wiedergewählt. Wie schon in der letzten Ausgabe berichtet, ist die GUE/NGL im neuen EU-Parlament mit 39 Abgeordneten vertreten, darunter 7 Abgeordnete der PDS. Bei insgesamt 732 Abgeordneten aus den nun 25 Mitgliedsstaaten der EU erreicht die Fraktion damit einen Stimmenanteil im EU-Parlament von knapp über 5 Prozent. Im letzten EU-Parlament hatte die GUE/NGL noch über 45 Mandate verfügt. Bei einer Gesamtgröße des Parlaments von damals 626 Abgeordneten (aus 15 Mitgliedsstaaten) waren das mehr als 7 Prozent gewesen.

Dass die neue Fraktion kleiner ist,



hängt aber nur zum Teil mit Stimmenverlusten zusammen. Zum Teil röhrt das auch daher, dass die Gesamtzahl der Mandate für fast alle alten EU-Staaten im Zuge der Erweiterung der EU und damit auch des Parlaments verringert wurde. Nur Deutschland behielt seine 99 Mandate, Luxemburg als kleinstes Land seine 6 Mandate. Die Mandate für Frankreich, Großbritannien und Italien zum Beispiel sanken von vorher 87 auf 78, die Spaniens von 64 auf 54 usw. Insgesamt stellen die (alten) 15 EU-Staaten im neuen EU-Parlament 56 weniger Abgeordnete als vorher. Da außerdem Parteien, die sich der GUE/NGL zurechnen, in Ländern wie Polen, Ungarn, Slowenien und den baltischen Staaten nur sehr schwach sind, war allgemein schon vor der Wahl mit einer Schwächung der Fraktion gerechnet worden. Trotzdem: In der neuen Fraktion sind auch Abgeordnete aus den neuen Mitgliedsländern, zwei Abgeordnete aus Zypern, 6 aus der Tsche-

chischen Republik.

Als erste Initiative empfing die Fraktion auf ihrer konstituierenden Sitzung eine Delegation von Beschäftigten der Ronal-Fabrik im französischen Saint-Avold, die mit Verlagerungsdrohungen konfrontiert sind. Außerdem beschloss sie eine Kampagne für die Freilassung von 7.500 palästinensischen Gefangenen, darunter Frauen und Kinder, durch Israel. Letzter Tagesordnungspunkt der Sitzung war ein erster Meinungsaustausch über die neue europäische Verfassung. Dabei bestätigte sich, dass der vorliegende Entwurf bei den unterschiedlichen Mitgliedern der Fraktion auf breite Ablehnung stößt. Die Fraktion wolle eine neue, eine demokratischere Verfassung, so Francis Wurtz nach der Sitzung gegenüber der Presse.

Hier eine Übersicht über erste Stellungnahmen und Erklärungen der PDS-Mitglieder der Fraktion.

rü

Diese Verfassung wird keinen Fortschritt für Europa bringen!

Anlässlich der Entscheidung der Regierungskonferenz für eine europäische Verfassung erklärt der Europaabgeordnete Helmuth Markov:

Die PDS sieht in dem von der Regierungskonferenz vorgelegten Entwurf für einen Europäischen Verfassungsvertrag keine geeignete Grundlage für eine Europäische Verfassung, mit der ein friedliches, soziales und demokratisches Europa verwirklicht werden kann.

Es soll bei dem Aufrüstungsgebot für die Mitgliedstaaten bleiben, es ist eine Rüstungsagentur als Unionseinrichtung vorgesehen und die Schaffung eigener europäischer militärischer Kapazitäten wird als ausdrückliches Verfassungsziel angegeben. Damit wird eine weitere Militarisierung der Europäischen Union befördert.

In dem vorgelegten Entwurf wird im konkreten Politikteil an der Zielsetzung des „Grundsatzes der offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ festgehalten, was einer verfassungsmäßigen Festbeschreibung einer neoliberalen Wirtschaftsordnung gleichkommt. Mit der nun von der Regierungskonferenz ausdrücklich noch einmal unterstrichenen Bedeutung des Wachstums- und Stabilitätspaktes und des Vorrangs des Ziels der Preisstabilität wird dieser wirtschaftsliberale Charakter der Verfassung erneut bestätigt. Neoliberale Wettbewerbspolitik soll demnach Verfassungsrang erhalten. Damit bleibt die Europäische Ver-

fassung auch gegenüber dem deutschen Grundgesetz zurück, das von der prinzipiellen Offenheit der Wirtschaftsordnung ausgeht.

Die PDS verkennt nicht, dass mit der Aufnahme der Grundrechtecharta als Teil des Verfassungsvertrages ein Fortschritt bei der Verankerung demokratischer und sozialer Rechte erreicht wurde. Um so mehr bedauert sie, dass die generell geringe Bedeutung der Grundrechtecharta für die konkrete Politik der Union nun in der Regierungskonferenz durch die Aufnahme der sogenannten Erläuterungen, mit der vor allem die britische Regierung 2000 in Nizza jegliche Rückwirkungen sozialer Grundrechte auf die europäische Politik ausschließen wollte, in den Verfassungstext jetzt weiter geschmäler wurde. Die PDS begrüßt die vom Verfassungsvertrag vorgesehene Aufwertung des Europäischen Parlaments, das danach mehr Mitentscheidungsrechte erhalten soll. Auf der anderen Seite soll es dabei bleiben, dass das Parlament kein Initiativrecht besitzt und die von ihm zu treffende Wahl des Kommissionspräsidenten nur auf Grundlage eines einzigen Vorschlags des Rates erfolgen soll. Das für mehr Demokratie in der EU Erreichte bleibt damit hinter dem Notwendigen zurück.

Die PDS hält daran fest, dass die Europäische Union eine Verfassung braucht, die allen in der EU lebenden Menschen verbrieft Grund-, Freiheits- und Gleichheitsrechte zusichert. Eine Europäische Verfassung soll sich dem Frieden und den Menschenrechten verpflichten, die Möglichkeiten unterschiedlicher Wirt-

schaftsordnungen offen halten, eine soziale Bindung des Eigentums anstreben, die EU weiter demokratisieren, der Vielfalt der Kulturen, Weltanschauungen und Religionen Rechnung tragen.

Die PDS sieht ihre grundsätzlichen Bedenken gegenüber dem Verfassungsentwurf mit dem Ergebnis der Regierungskonferenz erneut bestätigt. Ihre grundsätzliche Kritik an den nun unverändert gebliebenen Aussagen des Entwurfs zur Sicherheitspolitik und zur Wirtschaftsordnung war bereits wichtige Gegenstand ihres Europawahlkampfes. Die PDS sagt daher Nein zu dem vorliegenden Verfassungsentwurf. Wir werden alle Möglichkeiten auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene nutzen, um diese Verfassung zu verhindern. Wir fordern, dass die Europäische Verfassung auch in Deutschland Gegenstand einer Volksabstimmung wird.

(19.6.2004)

EP-Ausschuss empfiehlt Klage gegen die Weitergabe personenbezogener Daten von Fluggästen in die USA.

Ausdrücklich begrüßt hat der PDS-Europaabgeordnete Helmuth Markov die heutige Entscheidung des Ausschusses für Recht und Binnenmarkt des Europäischen Parlaments, dem EP-Präsidenten eine Klageerhebung gegen den Europäischen Rat als auch gegen die Kommission in der Angelegenheit der Weitergabe personenbezogener Daten von Fluggästen in die USA zu empfehlen. Damit reagiert das Parlament auf die Missachtung sei-

ner eigenen Rechte, da der Europäische Rat bei seiner Entscheidung am 17. Mai 2004 die Verpflichtung zur Konsultation des Parlaments grob verletzt hatte.

Als besonders wichtig und begrüßenswert bezeichnet es Markov, dass sich der Ausschuss mit seiner empfohlenen Klage gegen die Kommission auch in der Sache selbst geäußert hat. Damit wurde die bereits mehrfach vorgebrachte Kritik des Europäischen Parlaments an dem von der Kommission mit den USA ausgehandelten Abkommen erneuert und noch einmal unterstrichen. Mit der nach diesem Abkommen vorgesehenen Möglichkeit der Aufbewahrung personenbezogene Daten für nicht weniger als acht Jahren bei US-amerikanischen Behörden verstößt diese Vereinbarung zum einen gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Darüber hinaus verletzt die Übermittlung personenbezogener Daten europäisches Recht, insbesondere die Richtlinie 95/46/EG zum Schutz persönlicher Daten. Auch mit den Bestimmungen der vereinbarten Grundrechtecharta ist ein solches Vorgehen nicht vereinbar.

Das Europäische Parlament hat mit der heutigen Entscheidung seines Ausschusses für Recht und Binnenmarkt nach Einschätzung von Helmuth Markov deutlich gemacht, dass es sich nicht länger in der so wichtigen Frage des Schutzes personenbezogener Daten vom Europäischen Rat und der Kommission herumschubsen lassen will. Zugleich hat es ein deutliches Zeichen gesetzt, dass es dem Schutz der Grundrechte seiner Bürgerinnen und Bürger Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen von Fluggesellschaften einräumt. Dies ist, wenige Tage nach der Neuwahl des Europäischen Parlaments, ein ermutigendes Zeichen, dass es die in der geringen Wahlbeteiligung auch zum Ausdruck kommende Kritik vieler Bürgerinnen und Bürger an der mangelnden Entschlusskraft des Parlaments zur Wahrnehmung seiner Rechte endlich ernst nimmt. (16.6.2004)

Betriebsverlagerungen im EU-Binnenmarkt

Treffen der Fraktion der GUE/NGL mit Beschäftigten der von Schließung bedrohten Ronal-Niederlassung in Frankreich. Von Helmuth Markov:

Die Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke hat heute, noch vor der Neukonstituierung des Europäischen Parlaments, bereits ihre politische Arbeit aufgenommen und eine Delegation von Gewerkschaftsvertreter/innen des Unternehmens Ronal empfangen.

Betriebsratsvorsitzender und Rechtsanwalt des Betriebsrates schilderten der Fraktion die Situation der 170 Arbeitnehmer/innen der französischen Niederlassung des (ursprünglich deutschen) Aluminiumradherstellers Ronal in



Hintergrund des bundesweiten Siemens-Aktionstages – Bild: vor dem Siemens-Werk in Kirchheim – ist einerseits eine massive Kapitalverlagerung ins Ausland, andererseits die Forderung des Konzerns nach Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich.

Saint-Avold (Moselle), deren Werk vor der Schließung steht: Auf Druck der Aktionäre sei die Produktion in zwei polnische und ein tschechisches Werk verlagert und das Betriebsergebnis im französischen Werk so bilanziert worden, dass die Geschäftsführung Insolvenz anmelden und die Folgekosten auf den französischen Steuerzahler abwälzen konnte. Die Belegschaft reagierte mit einer zeitweiligen Übernahme der Produktion in Eigenverwaltung und unternahm eine Fahrt zu zwei ebenfalls von Schließung bedrohten Ronal-Niederlassungen in Deutschland – Först und Landau – sowie zur polnischen Niederlassung von Jelcz, um die polnischen Kolleg/innen für das Problem zu sensibilisieren. Die Kontakt- aufnahme in Polen sei durch die Geschäftsführung durch massiven Einsatz von privaten Sicherheitskräften und Konfiszierung der Informationsmaterialien behindert worden, konnte aber nicht gänzlich verhindert werden. Gemeinsame Strategie der französischen Gewerkschaften und der Solidarnocs in Polen sei es nun, die Betriebsverlagerung für die Geschäftsführung so wenig lukrativ wie möglich zu gestalten – auf französischer Seite durch die Durchsetzung von Sozialplänen in Höhe von 15 Millionen Euro, auf polnischer Seite durch den Kampf um höhere Sozialstandards und Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer/innen.

Die GUE/NGL solidarisiert sich mit den Beschäftigten von Ronal und wird weiterhin an der Seite der Gewerkschaften gegen Unternehmensverlagerungen und Steuer- und Sozialdumping in der EU mobilisieren. Ronal ist bei weitem kein Einzelfall – immer mehr Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten in Regionen mit niedrigeren Steuer- und Sozialstandards. In der Debatte wurden Vorschläge entwickelt, wie durch gesetzliche Bestimmungen Unternehmensverlagerungen erschwert beziehungsweise unattraktiv gemacht könnten:

– Ein Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten sollte bereits ein Jahr vor der mutmaßlichen Insolvenz die Beschäftigten einschalten und seine Bücher offen legen müssen, damit die

Ursachen für die drohende Zahlungsunfähigkeit bekannt werden und Hilfsmaßnahmen rechtzeitig greifen können. Unternehmen, die ihre Beschäftigten nicht rechtzeitig informieren, müssen mit Sanktionen zu rechnen haben – mangelnde Unterrichtung der Arbeitnehmer/innen darf nicht weiterhin als Kavaliersdelikt behandelt werden. Eurobetriebsräte müssen mehr Mitspracherechte bekommen.

- Wenn ein Unternehmen öffentliche Fördermittel erhalten hat, so müssen seine Bilanzen öffentlich zugänglich sein. Öffentliche Fördermittel sind Steuergelder, daher haben Beschäftigte und die Öffentlichkeit ein Recht zu erfahren, wie diese Gelder eingesetzt werden. Die missbräuchliche Verwendung öffentlicher Fördergelder muss mit Strafen belegt werden, die keiner Verjährung unterliegen.
- Um die Ausnutzung von Steuerschlupflöchern zu unterbinden, muss die Besteuerung eines Unternehmens nicht am Firmensitz, sondern am Ort der Wertschöpfung beziehungsweise Dienstleistungserbringung erfolgen.
- Im Falle von Holdings darf ein Unternehmen nicht in Insolvenz gehen, so lange die Holding schwarze Zahlen schreibt: Die Holding muss zum Verlustausgleich zwischen ihren Unternehmen verpflichtet sein.
- Im Falle der Insolvenz muss der Rangrücktritt so geregelt sein, dass nicht die Banken, sondern prinzipiell die Beschäftigten als erste Zugriff auf die Insolvenzmasse haben. Darauf hinaus sollte bei Insolvenz vorrangig eine Management buy out-Lösung (MBO) angestrebt werden, damit die Beschäftigten die Möglichkeit erhalten, ihren Betrieb selbst zu erwerben.
- Im Rahmen der zu überarbeitenden Strukturfondsverordnung, die 2007 in Kraft tritt, muss eine Regelung eingeführt werden, die die Vergabe von EU-Fördermitteln für Unternehmen untersagt, die ihre Betriebsstätten innerhalb des EU-Binnenmarktes aus Gründen des Standortwettbewerbes und steuerlicher Vergünstigungen verlagern wollen. (23.6.2004)

PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt

Thesen zur Strategie der PDS

Am 22. Juni hat der PDS-Parteivorstand ein Thesenpapier vorgelegt, in dem Überlegungen für die weitere Politik der PDS nach den Europawahlen formuliert werden. In der Presse wird die Stärkung der PDS im Osten inzwischen vor allem mit den Sorgen der Menschen in den neuen Ländern vor einer weiteren Verarmung, insbesondere in Verbindung mit der drohenden Umsetzung der Agenda 2010 (Hartz IV usw.), gebracht. Wir dokumentieren an dieser Stelle die Einleitung des Thesenpapiers sowie die Passagen, in denen die PDS ihre Position zur Reform des Sozialstaats und der sozialen Sicherungssysteme formuliert, ihre Aussagen zur Stärkung der Kommunen und zur Wirtschaftspolitik für und in den neuen Ländern.

rül

Die PDS hat sich im Oktober 2003 ein neues Parteiprogramm gegeben. Auf dieser Grundlage bestimmt sie nunmehr die strategischen Eckpunkte ihres politischen Handelns:

Erstens: Die PDS leistet einen eigenständigen Beitrag für einen **Richtungswechsel** in der Politik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und ziviler Konfliktlösung. Dieses Ziel kann die PDS nur realisieren, wenn sie das strategische Dreieck von Widerstand und Protest, Mit- und Umgestaltung, über den Kapitalismus hinausgehende Alternativen auszufüllen vermag.

Zweitens: Für einen politischen Richtungswechsel muss die Hegemonie des Neoliberalismus gebrochen und das politische Kräfteverhältnis zu Gunsten alternativer Reformpolitik verändert werden. Die PDS sieht es als ihre Aufgabe an, mit ihren **parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten** in Regierung und Opposition und mit **breiten Bündnissen** dazu beizutragen, dass sich **politische Kräfteverhältnisse verändern** und Gegenmacht aufbaut.

Drittens: Die PDS wird dies nur erreichen als eine **der Gesellschaft zugewandte Kraft**, die diese Gesellschaft verändern will und die ausstrahlen kann, dass diese Gesellschaft veränderbar ist. Unsere Politik knüpft an vorhandene Errungenschaften an, greift diese auf und entwickelt zugleich Alternativen zur herrschenden Politik, ringt um neue Ansätze und Wege zur Bewältigung der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse. Dabei schöpft sie auch aus Ideen und Vorschlägen anderer demokratischer Akteure. Eine Linke, die ernsthaft Systemveränderung anstrebt, muss vor allem **eigene Vorschläge** für Veränderungen des Gesellschaftssystems unter den gegebenen Bedingungen unterbreiten.

Die PDS nimmt die Analyse der Widersprüche der gegenwärtigen Gesellschaft zum Ausgangspunkt ihrer **aktiven Beteiligung an gesellschaftspolitischen Diskursen**. Sie will darin zu einer Stimme werden, die gehört wird, anregt und zum Widerspruch herausfordert. Mit eigenen Ideen und Konzepten will sich die PDS in die Debatten einbringen und neue Anstöße geben. Sie will geistigen und politischen Einfluss gewinnen.

Viertens: Die PDS-Strategie zielt auf konkretes politisches Handeln unter konkreten gesellschaftlichen und politischen Rahmbedingungen. Es geht um politisches Handeln in einem konkreten politischen Umfeld, zu einem bestimmten Zeitpunkt, mit entsprechenden Bündnispartnern und um die Herstellung der erforderlichen politischen Handlungsfähigkeit der Partei. Zu den Ausgangspunkten, Handlungsoptionen und konkreten Maßnahmen gibt es in der Partei unterschiedliche Auffassungen. Dabei stoßen wir auf Entwicklungsprobleme der Gesellschaft, zu denen es auch unter Linken unterschiedliche Positionen gibt. Diese reichen von der Alternative Prioritätensetzung auf Gestaltungspolitik oder Orientierung auf Bewegungen, der Definition politischer „Lager“ und der Verortung der PDS darin bis zur Bewertung konkreter politischer Projekte. Darüber wollen wir uns innerhalb der Partei in einer intensiven **Strategiedebatte** verstetigen.

Fünftens: Der Parteivorstand wird weitere **konkrete Entscheidungen treffen**, damit die PDS ihre strategischen Ziele erreicht. Auf der bundes- und landespolitischen Ebene ist mehr Abstimmung, Kooperation, Gemeinsamkeit und Konsequenz der Vorstände bei der Durchsetzung beschlossener Aufgaben erforderlich. Der Parteivorstand soll so arbeiten, dass die ganze Partei zielgerichtet, konzeptionell eindeutig, organisatorisch wirkungsvoll und bündnispolitisch ausstrahlend agiert. Die Landes- und Kommunalpolitik der PDS orientiert sich daran, dass unter den politischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik und in Europa, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertreten, soziale Ausgrenzungen verhindert, die Potenziale für eine langfristige eigenständige Entwicklung der Kommunen und Regionen gestärkt werden und die **PDS auf jeder Ebene unverkennbar als demokratisch-sozialistische Partei wirkt und wahrgenommen werden kann**.

Auch wenn unsere strategischen Überlegungen über die Bundestagswahlen hinausreichen, so erfolgt zunächst eine Konzentration auf den Zeitraum bis 2006, der von gravierenden Einschnitten und Auseinandersetzungen gekennzeichnet sein wird. Unser konkretes Ziel ist es, **2006 in Fraktionsstärke** wieder in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

(...)

These 5: Schwerpunkte und Referenzprojekte für alternative Entwicklungen

Die Agenda Sozial ist unsere Alternative zur Agenda 2010. Wir wollen sie in der Zukunft forschreiben. Sie folgt völlig anderen Leitbildern als die rot-grüne Politik:

- Wir wollen einen neuen Verteilungskompromiss durchsetzen.
- Die Arbeitenden müssen vor der Willkür des Marktes geschützt werden.
- Wir wollen ein selbstbestimmtes Leben für alle ermöglichen.

Deshalb schlagen wir folgende Schwerpunkte und Referenzprojekte der PDS vor:

I. Solidarische Reform der sozialen Sicherungssysteme

- Eine Rentenkasse für alle als Erwerbstätigengesicherung.
- Einbeziehung aller Erwerbstätigengesicherung.
- Beitragspflicht auf alle Einkommen sowie
- einer deutlichen Anhebung der Beitragssbmessungsgrenzen – bis zu ihrer allmählichen Aufhebung.

Vollzeit zu arbeiten, ist heute genauso normal wie Teilzeitarbeit oder Phasen von Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunterbrechungen. Damit auch diejenigen mit Ausfallzeiten in der Beitragszahlung oder mit niedrigen Einkommen eine existenzsichernde Rente bekommen, wollen wir eine „Rente mit Grundbetrag“ einführen. Die durchschnittliche Rente von Frauen würde sich dadurch erheblich steigen.

Bürgerversicherung für die Gesundheitsversorgung

Durch die rot-grüne Gesundheitsreform werden die in der gesetzlichen Krankenkasse Versicherten einseitig belastet. Unsere bisherigen Aktivitäten gegen die Praxisgebühr und die Zuzahlungen werden wir weiter fortsetzen. Ebenso unser Engagement für die Wiedereinführung von Ausnahmeregelungen für chronisch Kranke oder Menschen mit geringem Einkommen. Hierüber ist eine konkrete inhaltliche und auch zeitliche Abstimmung unserer parlamentarischen Initiativen nötig. Langfristig wollen wir die gesetzliche Kranken- und die Pflegeversicherung in eine Versicherung für alle – eine Bürger- oder Erwerbstätigengesicherung umwandeln. Darin sollen alle, unabhängig von ihrer Beschäftigungsform versichert sein und entsprechend ihrer Einkommen Beiträge zahlen. Diese Bürgerversicherung muss die Versicherten wirksam gegen Krankheitsrisiken absichern und auch im Pflegefall ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Soziale Grundsicherung einführen

Immer mehr Menschen müssen in Armut leben. Die meisten von ihnen sind in diese Lage durch Massenarbeitslosigkeit, niedrige Löhne oder sozialer Benachteiligung gekommen. Besonders dramatisch ist in diesem Zusammenhang die zunehmende Kinderarmut.

Alle hier lebenden Menschen sollen das Recht haben, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu können – unabhängig davon, ob sie ihren Unterhalt aus eigenem Einkommen bestreiten können oder nicht. Deshalb wollen wir eine soziale Grundsicherung schrittweise für die einführen, die über kein anderes Einkommen verfügen.

Gegenwärtig gibt für ein solches Reformvorhaben keine breite gesellschaftliche Zustimmung. Deshalb ist notwendig, dass wir uns auch hier Bündnispartner suchen und verstärkt an den existierenden Netzwerken beteiligen. Wir sollten den Grünen, die sich im Rahmen ihrer Regierungsbeteiligung mit dem Thema profilieren wollen, das Feld nicht überlassen. Sie haben den Begriff Grundsicherung diskreditiert. Modelle wie die Einführung der Grundsicherung für Rentnerinnen und Rentner oder die Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, dem so genannten Hartz IV-Gesetz, werden die Armut verschärfen und nicht zur sozialen Gerechtigkeit beitragen. Es ist nötig, eine breitere gesellschaftliche Debatte als bisher über Grundsicherung zu initiieren und mittel und langfristige Reformvorhaben klar zu benennen.

Soziale Sicherungssysteme solidarisch finanzieren – Arbeitgeberbeiträge nach der Wertschöpfung berechnen

Die Privatisierung sozialer Sicherung – wie sie Rot-Grün und Schwarz-Gelb faktisch verfolgen – führt für die Mehrzahl der Menschen in der Bundesrepublik ins soziale Abseits. Sie können sich die private Absicherung sozialer Lebensrisiken schlicht nicht leisten.

Wir halten daran fest, dass die sozialen Sicherungssysteme, die Versicherten wirksam vor diesen Lebensrisiken, wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit schützen müssen. Dazu müssen wir die finanzielle Basis der Versicherungssysteme ausweiten und festigen.

Wir schlagen daher vor, die Arbeitgeberbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen nicht mehr wie bisher nach der für ihre Beschäftigten gezahlten Lohnsumme zu berechnen, sondern nach der Wertschöpfung ihres Unternehmens.

Der bisherige Arbeitgeberbeitrag wird der heutigen Wirtschaftsstruktur nicht mehr gerecht: Lohnintensive Unternehmen werden unabhängig von der Höhe ihres Ertrages hoch und renditestarke Unternehmen mit weniger Beschäftigten unterdurchschnittlich mit Sozialbeiträgen belastet. Die dafür langfristig zu entwickelnden Lösungen werden zu einer neuen Qualität der Parität bei der Finanzierung führen.

II. Wachstum und Beschäftigung

Die neoliberalen Politik gründet sich auf das Versprechen von mehr Wachstum und Beschäftigung, und durch nichts ist sie angreifbarer als durch ihr Versagen vor dieser Herausforderung. Sie hat die Probleme selber geschaffen, die sie jetzt zu

lösen vorgibt. Deshalb muss es uns gelingen, die Wachstums- und Beschäftigungsprobleme zum Drehpunkt unserer Kritik zu machen. Wir müssen verständlich machen, dass es kein ökologisch verträgliches und den Wohlstand aller vermehrendes Wachstum geben wird, ohne einen radikalen Umbruch in der Verteilung des gesellschaftlich erzeugten Reichtums durchzusetzen und die vorhandene Arbeit neu zu verteilen.

Gesetzlichen Mindestlohn einführen, Arbeitszeit verkürzen und Überstunden abbauen

Nach der europäischen Sozialcharta dürfen in den Mitgliedsstaaten keine Löhne geduldet werden, die weniger als 68 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens betragen: allerdings verdienen in der Bundesrepublik etwas 2,5 Mio. Vollbeschäftigte weniger.

Statt eines Niedriglohnsektors wollen wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der dazu beiträgt, Armut trotz Arbeit zu verhindern.

Hier sollten wir aus den Erfahrungen anderer europäischer Länder lernen und gemeinsam mit der europäischen Linkspartei eine entsprechende Kampagne starten.

Notwendig ist es auch, den erwerbsarbeitsschaffenden Abbau von Überstunden durch eine Reform des hier geltenden Arbeitszeitgesetzes, einzuleiten.

Angesichts der unterschiedlichen Lebensorientierungen der Menschen und ihren unterschiedlichen Vorstellungen von Erwerbsarbeit benötigen wir eine erneute Debatte über unsere Vorstellungen von Arbeitszeitmodellen und Verteilung von Arbeit.

IG Metall-Bezirkskonferenz fordert Diskussion um gesetzlichen Mindestlohn

Die 10. ordentl. Bezirkskonferenz des IG Metall-Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen hat am 18./19.6. auf ihrer Tagung in Frankfurt/Oder einen Antrag verabschiedet, in dem eine ausführliche Diskussion um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im Bezirk gefordert wird. Auch wenn der neue Bezirksleiter nach Verabschiedung des Beschlusses in seinem Schlusswort seine Bedenken gegen die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn formuliert, ist der Beschluss ein Zeichen, dass auch in der IG Metall, die sich bisher strikt gegen die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn geäußert hatte, ein Umdenken eingesetzt hat. Offensichtlich wächst unter dem Eindruck des zum 1. Januar 2005 drohenden Inkrafttretens von Hartz IV, mit dem sämtliche Zumutbarkeits-schranken für Arbeitslose fallen, auch in der IG Metall die Einsicht, dass die Gewerkschaften und die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge keinen ausreichenden Schutz mehr gegen völlig inakzeptable Niedrigstlöhne schaffen können. Hier der einstimmig verabschiedete Beschluss der Bezirkskonferenz.

Gestärkt werden muss die Massenkaufkraft, denn mehr Massenkaufkraft und mittelfristig eine höhere Lohnquote erfordern vor allem mehr Existenz sichernde Arbeitsplätze.

Massenkaufkraft und Binnenmarkt stärken

Nicht zu hohe Löhne und Sozialausgaben, sondern zu geringe Nachfrage und die Schwäche des Binnenmarktes stehen einem beschäftigungswirksamen Wachstum in erster Linie entgegen.

- Daher keine Kürzung von Sozialeinkommen.
- Mittelfristige Erhöhung der Lohnquote.
- Einführung eines öffentlichen Zukunftsinvestitionsprogramms für Innovation – konzentriert auf Wissenschaft, Technologie und Bildung.
- Stärkung der Kommunalfinanzen im Interesse von öffentlicher Daseinsvorsorge und von beschäftigungswirksamen Aufträgen an die örtliche Wirtschaft.

Mehr öffentliche Beschäftigung schaffen

Die sozialen und ökologischen Probleme nehmen zu, während die öffentlichen Dienstleistungen in den letzten Jahren erheblich ausgedünnt wurden und die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung insgesamt schlechter geworden ist. Doch nicht alles, wofür der Staat Verantwortung trägt, muss er selber tun. Das was sich in Jahrzehnten als zweiter Arbeitsmarkt herausgebildet hat, wollen wir in einen eigenständigen gemeinnützigen Sektor überführen, weil hier unverzichtbare Dienstleistungen im Gemeinwesen erbracht werden. Viele dieser Aufgaben lie-

Antragsteller: Delegiertenversammlung IG Metall Ostbrandenburg / Diskussion zum Mindestlohn innerhalb des Bezirkes Berlin-Brandenburg-Sachsen

Die 10. Bezirkskonferenz möge beschließen, innerhalb des Bezirks Berlin-Brandenburg-Sachsen eine Diskussion zum Thema Mindestlohn aufzugreifen und offen zu führen. Hintergrund ist die in zahlreichen Betrieben und unterschiedlichen Branchen vorherrschende Situation, keine Mindeststandards insbesondere bei Löhnen und Gehältern vorzufinden.

Gerade in der Grenzregion sehen betroffene Beschäftigte, wenn schon keine direkte Tarifbindung besteht, eine gewisse Schutzfunktion durch Mindestlöhne. Andererseits muss im Rahmen einer solchen Debatte darauf geachtet werden, dass die Flächentarife in unseren Branchen innerhalb einer Diskussion zu Mindestlöhnen nicht negativ beeinflusst werden. Dennoch ist dieser Diskussionsprozess wichtig, um auch durch Mindeststandards den ohnehin bestehenden Zustand von Willkür und Erpressungspotential im Hinblick auf Arbeitslosigkeit und EU-Osterweiterung zu beeinflussen.

gen seit Jahren brach oder werden durch selbstorganisierte Projekte auf zunehmend wackliger finanzieller Basis aufrechterhalten. Die Situation wird sich durch die Arbeitsmarktreformen der Bundesregierung noch weiter verschlechtern, denn wichtige Instrumente in diesem Bereich wie Strukturanpassungsmaßnahmen fallen weg, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden zurückgefahren.

Mit dem PDS-Vorschlag für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS), in dem die für unsere Gesellschaft notwendigen sozialen und kulturellen Dienstleistungen finanziert werden, sind wir nicht daran gescheitert, dass er nicht realisierbar ist, sondern an parlamentarischen Mehrheiten.

Wir sollten die Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern mit GAP nutzen und prüfen, ob wir neue Projekte in Richtung ÖBS entwickeln können.

Mit der Einführung des Hartz-IV-Gesetzes werden die bisherigen Programme kommunaler Beschäftigung abgeschafft. Die Länder stehen vor der schweren Aufgabe dies neu zu organisieren. Hier prüfen wir, welche Möglichkeiten es gibt, Formen der kommunalen Beschäftigung zu entwickeln, die Schritte in Richtung eines ÖBS einleiten.

III. Steuergerechtigkeit

Weil die Steuerpolitik nach der Einkommensverteilung das wichtigste Instrument für die Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung ist, geht es uns bei ihr nicht nur um soziale Gerechtigkeit, sondern vor allem um ihre Zukunftsfähigkeit. Die PDS wird in den kommenden zwei Jahren in die politischen Auseinandersetzungen mit einem steuerpolitischen Gesamtkonzept in die Auseinandersetzungen eingreifen, das vor allem seine wachstums- und beschäftigungs-wirksame Seite herausarbeitet. Der Spitzesteuersatz darf nicht unter 45 Prozent fallen, die Kapitalgesellschaften müssen einer Mindestbesteuerung unterworfen und ihre Abschreibungsmöglichkeiten auf reale Investitionen beschränkt werden, um sowohl Mittel für den gesellschaftlichen Umbau zu mobilisieren, als auch die parasitäre Vermögenswirtschaft zu begrenzen. Die großen Vermögen müssen durch die Reform und Wiedererhebung der Vermögenssteuer sowie dem internationalen Standard entsprechende Erbschaftssteuern in ihre soziale Pflicht genommen werden. Dagegen müssen wir entschieden gegen alle Pläne auftreten, die Massensteuern zu erhöhen, weil sie die Belebung des Binnenmarktes behindern und die Staatsverschuldung auf abhängig Beschäftigten abwälzen. (...)

Als Querschnittsbereich wollen wir die **Kommunalpolitik** intensivieren und die PDS als Partei des Alltags lokal und regional in Ost und West stärker verankern.

Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Bereiche:

- Sicherung und Erweiterung der finanziellen Grundlagen für kommunale Selbstverwaltung.
- Kommunale Daseinsvorsorge gestalten und entwickeln.
- Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung – Gesellschaft von unten organisieren – Beteiligungshaushalte initiieren.

Um diese Schwerpunktthemen in praktische Politik umzusetzen, werden wir mit den Landesvorständen und den Landtagsfraktionen gemeinsame politische Initiativen ergreifen, auf europäischer Ebene gemeinsame Aktionen in der Partei der Europäischen Linken und der EP-Fraktion verabreden, auf außerparlamentarischem Gebiet durch workshops, Konferenzen und Kampagnen Angebote für Bündnispartner machen. Weiter werden wir uns an themenspezifischen Netzwerken und Bündnissen beteiligen bzw. entsprechend initiativ werden. Um mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, müssen wir die Öffentlichkeitsarbeit verbessern.

VI. Zukunftsregion Ostdeutschland

Ostdeutschland ist zu einer strukturschwachen Region in Deutschland und Europa geworden. Einzelne Wachstumsorte haben nicht zu einer sich selbst tragenden regionalen Gesamtentwicklung geführt. Ähnliche Entwicklungen sind in anderen Teilen Deutschlands zu beobachten. Ihre Überwindung fordert einen Richtungswechsel der Politik in der ganzen Bundesrepublik heraus: Gestaltende Politik statt mehr Marktradikalismus! Partizipative Politik anstelle von Missachtung ostdeutscher Handlungspotenziale. Deshalb fordern wir einen Neuan-satz Ost, der auf drei Säulen beruht:

- Stabilisierung der wirtschaftlichen und politischen Lage durch Planungssicherheit in der Verfügung über die Mittel aus dem Solidarpakt, durch Kampf um die Fortführung der EU-Sonderförderung und um die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mit einer Kofinanzierung von nur einem Viertel der Fördermittel seitens wirtschaftsschwacher Länder,
 - Zukunft durch Innovation und Bildung,
 - Einleitung einer neuen Phase der Einbeziehung der Ostdeutschen in die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung sowie eine entsprechende Reorganisation und Durchlüftung der politischen Prozesse in den ostdeutschen Ländern und zwischen ihnen sowie gegenüber dem Bund; Parlamentsreformen – bis hin zur Debatte um partizipative Bürgerhaushalte.
- Wir wollen, dass die Leistungspotenziale Ostdeutschlands, seine Standortvorteile, die übergreifenden gemeinsamen Auffassungen und Erfahrungen der Ostdeutschen sowie jene Gruppen ins Zentrum der politischen Aufmerksamkeit rücken, die durch Lebensentscheidungen unterschiedlicher Art deutlich gemacht

haben, dass sie ganz oder zeitweise im Osten ihre Perspektive finden oder beginnen. Das besonders ausgeprägte gesellschafts- bzw. kapitalismuskritische Potenzial im Osten bietet einen möglichen Nährboden für kreative, innovative neue Lösungen, die sowohl pragmatisch sind als sich auch strikt an den Maßstäben sozialer Verantwortung aller Akteure, am gesellschaftlichen Zusammenhalts, an solidarischem Handeln und an Integration statt an Ausgrenzung orientieren. Die Achtung von Lebensleistungen vor und nach der Wende, vor allem aber der verantwortungsbewusste und engagierte Umgang mit dem seit der Vereinigung Geleisteten und dem Leistungsstreben der Ostdeutschen müssen einen zentralen Platz im politischen Handeln einnehmen.

Dringlich ist u. a.:

- Übergang zu einer neuen gestaltenden Struktur- und Förderpolitik in Ostdeutschland, zur Stärkung von Zukunftsbranchen und -unternehmen, von Forschung und Innovation, von Kooperation zwischen innovativen Unternehmen, um durch Clusterbildung Wachstumskerne zu entwickeln. Diese müssen mit peripheren Regionen verbunden werden, u. a. mit Hilfe regionaler Entwicklungsprogramme.
- Förderung von Vernetzungen kleinerer und mittlerer Unternehmen miteinander und mit Wissenschaftseinrichtungen im Rahmen von Regionalentwicklungs-konzepten. Notwendig dafür sind: Wissenschaftsausbau in Ostdeutschland mit verstärkter Bundesförderung, Bundesprogramme zur Förderung von ostdeutschen Kompetenzzentren; staatliche Unterstützung kleinerer und mittlerer Unternehmen bei der Kreditvergabe am Kapitalmarkt durch Bürgschaften und revolvierende Fonds.
- Entschuldung der öffentlichen Haushalte sowie Erlassung der so genannten „Altschulden“ Ostdeutschlands als Grundbedingung der Herstellung der Handlungsfähigkeit der ostdeutschen Länder und Kommunen;
- Volle Ausschöpfung der ostdeutschen Erfahrungen als Bildungsland für eine Bildungsoffensive Ost: Kinderbetreuungsnetz und Berufsausbildung hochwertig weiterentwickeln, fördern statt auslesen, längstmögliche gemeinsame Schulzeit, beschleunigter Ausbau von Universitäten und Hochschulen in Ostdeutschland.
- Stärkung der Standortvorteile Ostdeutschlands im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, u. a. durch Erhalt und Entwicklung des Potenzials an hochqualifizierten und -motivierten Fachkräften; besondere Begünstigungen für die Gebiete entlang der Grenze zu den neuen EU-Mitgliedstaaten.

Die vorliegenden Thesen sind der Stand der Arbeit aus Diskussionen in einer Beratungsgruppe des Vorsitzenden der PDS und im Parteivorstand der PDS. Die Redaktion lag in den Händen von Wolfgang Gehrcke, Bernd Ihme, Konstanze Kriese, Katina Schubert und Dietmar Wittich.

4. bis 10. Juli, Burg Schlaining: 21. Internationale Sommerakademie, Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung: „Die Wiedergeburt Europas“, Von den Geburtswehen eines emanzipierten Europas und seinen Beziehungen zur „einsamen Supermacht“
Der völkerrechtswidrige Krieg der USA und ihrer „Allianz der Willigen“ gegen den Irak hat die Debatte über die Identität Europas neu belebt. Die Einteilung von US-Verteidigungsminister Rumsfeld in ein „altes“ und ein „neues“ Europa hat dazu ihr Übriges getan. Die von Jürgen Habermas und Jacques Derrida unter dem Titel „Die Wiedergeburt Europas“ angestoßene Diskussion über die Finalität Europas begleitet die Öffentlichkeit durch den Irak-Krieg und über den Prozess zur Verabschiedung einer EU-Verfassung hinaus.

Die Bedingungen, Ziele und Widersprüche einer „Emanzipation“ Europas von den USA stehen im Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Soll sich die EU militärisch auf Augenhöhe zur „einsamen Supermacht“ USA hochrüsten oder können jene Kräfte mehr Gestaltungsmöglichkeiten erlangen, die der gegenwärtigen Militarisierung der internationalen Beziehungen das Konzept einer „Zivilmacht“ entgegengesetzt wollen?

Der Verfassungsentwurf der nunmehr auf 25 Staaten erweiterten EU sieht eine Verpflichtung zur Aufrüstung vor und festigt den globalen militärischen Interventionismus. Welche Rolle spielen die neuen EU-Mitglieder im Ringen um ein deutsch-französisches Kerneuropa? Kommt die EU einem gesamteuropäischen kooperativen Sicherheitskonzept näher oder formiert der transatlantische Streit die Bedingungen für eine weitere globale Hege monialmacht? Es stellt sich hier nicht nur die Frage der Sicherheit für Europa, sondern auch der Sicherheit vor Europa.

Die USA als Supermacht sind auch deshalb zunehmend „einsam“ geworden, weil ihr Konzept des Unilateralismus bzw. der militärischen ad-hoc-Allianzen dem Gewaltverbot der Vereinten Nationen entgegensteht. Ist die UNO angesichts des von den USA erklärten „permanenter Krieges“ gegen den Terror ihren Herausforderungen gewachsen? Welche Möglichkeiten zur Stärkung der Weltorganisation haben die Nationalstaaten, die Regionalorganisationen und die Zivilgesellschaft? Ist durch diese Entwicklung der Militärpakt NATO nicht schon längst zum Papiertiger geworden?

Die „zweite Weltmacht Öffentlichkeit“ (New York Times) hat nach den weltweiten Protesten gegen den Irak-Krieg im Prozess der Sozialforen die Debatte um einen alternativen EU-Verfassungsentwurf abseits neoliberaler und neoimperialer Strukturen begonnen. Dieser in der Geschichte beispiellose Prozess einer veränderten Bedeutung politischen Engagements stellt uns alle vor neue Aufgaben.

Mit dabei sind diesmal u.a.:

Dolores M. Bauer, Nadine Bilke, Nonno Breuss, Ernst-Otto Czempiel, Veronika Gasser, Peter Gerlich, Gudrun Harrer, Corinna Hauswedell, Claudia Haydt, Hans-Joachim Heintze, Karl-Heinz Koppe, Gudrun Kramer, Cornelia Krebs, David Krieger, Ekkehart Krippendorff, Knut Krusewitz, Andreas Landl, Wolfgang Machreich, Gerald Mader, Johannes Marlovits, Otfried Nassauer, Norman Paech, Doron Rabinovici, Erich Reiter, Thomas Roithner, Jürgen Rose, Werner Ruf, Ronald Tuschl, Peter Strutynski, Josef Wall-Strasser ...

Zum Programm siehe ausführlich unter www.aspr.ac.at/sak2004.htm

29. Juli bis 1. August: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen (siehe Kasten)

28./29. August, New York: Nationalversammlung der Republikaner in New York. Die Friedensbewegung mobilisiert für den Abzug aus dem Irak und will über 1 Million Menschen auf die Straße bringen.

1. September, Aachen: Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004 an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

2.-3. September, Hamburg: Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: Landtagswahl im Saarland

19. September: Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

26. September: Kommunalwahl in NRW

27. September bis 1. Oktober, Hamburg: Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen Kriminologische Studienwoche. Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg. Anmeldeschluss: 24.06.2004 Leider kostet das Ganze 248 Euro. Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS) Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW). Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 bettina.paul@uni-hamburg.de

2. Oktober, Kiel: Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne

30./31. Oktober: Parteitag der PDS

31. Oktober, Brüssel: Die Amtszeit der EU-Kommission endet

2. November: Präsidentschaftswahlen in den USA

3./4. Dezember, Berlin: 10. Kongress Gesundheit und Armut.

Die Arbeitsgemeinschaft **Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung** in und bei der PDS lädt ein:

Linke Sommerschule 2004

Donnerstag, 29. Juli, ab 14 Uhr, bis maximal Sonntag, 1. August, ca. 11 Uhr

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstraße 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Eine ausführliche Beschreibung der Kurse findet sich in den Politischen Be richten 13/04 sowie in einem Faltblatt,

das beim GNN-Verlag in Hamburg be stellt werden kann.

Kurs Wirtschaft:

Organisation der Weltwirtschaft

Kurs Philosophie:

Bildung und Erziehung

Kurs Geschichte:

Medien und Krieg

Anmeldung

bitte umgehend bei:
Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax: (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de
oder bei:

PDS-Landesvorstand Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Tel. (03 61) 60 111 30, eMail: lds-thueringen@t-online.de

Mitglieder- versammlung

Vorschlag für eine Tagesordnung

- Themen der Europäischen Linkspartei
- PDS-Parteitag im Oktober 2004
- Wahlen
 - des Sprechers/der Sprecherin der ArGe
 - der / des Delegierten zum Bundesparteitag
- Verschiedenes

Freitag, 30. Juli, 19 Uhr

Jugendwohnheim Juventas,
Güntherstr. 26-27,
99705 Sondershausen